

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Welsbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Beifigeb.),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanting, verantwortl. Redakteur: G. Paeplow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Sverein-Anzeigen
für die dreigeschossigen Betriebe über deren Raum 30 q.
Zeitungspreise Nr. 2888.

Inhalt: Der Bromberger Monstreprozess. — Aus einer kleinen Blüte ist der „Grundstein“ hervorgegangen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Bau: Unfälle, Arbeiterschlaf, Submissions etc. — Eingegangene Schriften. Briefe. — Centralverband der Maurer. — Centralankündigung. — Anzeigen.

Der Bromberger Monstreprozess.

Abermals hat sich ein Monstreprozess gegen baugewerbliche Arbeiter abgespielt, die beschuldigt waren, in einem Streikauftakt sich des Verbrechens des Landfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Der Sachverhalt, um den es sich handelte, war in streng wahrheitsgemäßer und objektiver Schilderung folgender:

Ende 1902 wollten die Maurer und Zimmerleute von Bromberg mit den Unternehmern einen neuen Tarifvertrag mit einer geringen Erhöhung des Stundenlohns um 5% auf die Dauer von fünf Jahren abschließen. Da den Unternehmern diese Forderungen noch als „zu weitgehend“ erschienen, zogen die Verhandlungen sich in die Länge, weshalb im März 1903 die Arbeiter den Scheidungspruch des Gewerbegeichts als Einigungsamt anrieten und zwar, ohne die Arbeit eingestellt zu haben. Der Bürgermeister Schieber verhandelte mit den Arbeitern, die von ihren Forderungen noch ablehnen, und man war in den Kreisen der Arbeiter bester Hoffnung auf eine baldige gütliche Beliegung der Differenzen ohne Streik, als zur größten Überraschung der Beteiligten die sozialen Unternehmer jede Verhandlung vor dem Einigungsamt ablehnten und zwar in einer Form, die für das Einigungsamt ebenso verlegen war wie für die Arbeiter, ebenso charakteristisch aber auch für den Geist der Unternehmer.

Nun erst brach der Streik aus, der selbstverständlich auch zahlreiche, nicht unmittelbar beteiligte Gewerbe in Mitleidenschaft zog.

War die Erregung der Arbeiter gegen die Unternehmer begreiflicherweise sowie stark, so wurde sie noch gesteigert, als diese Herren sich bemühten, russische und italienische Arbeitskräfte heranzuholen. Am 30. März trafen einige Russen ein. Sie wurden mittels Polizeieinsatz durch die Stadt geführt, eine wachsende Menschenmenge schloß sich unter Schimpfworten an und schließlich wurden die Russen von den Beamten abgeführt und zur Abreise bereit. Natürlich reisten sie nicht ab, sondern wurden vom Bahnhof wieder ihren Arbeitgebern zugeführt. Bei diesem Zusammenstoß kam es zu geringeren Gewalttaten, Prüffern und angeblich auch zu vereinzelter Steinwürfen.

Am 1. April kam ein kleiner Trupp Italiener an.

Gerade an diesem Tage spielte der Umstand eine unglückliche Rolle, daß ein Regiment, das nach Graudenz verlegt worden war, abfuhr, ein anderes eintraf, was jedesmal unter Militärmarsch vor sich ging. Dies hatte eine nach vielen Hundertenzählende Menschenmenge angezogen. In der Pause zwischen diesen beiden Freikorpsen, als die Menge teils auf dem Vorplatz, teils in den umliegenden Aueipen wartete, trafen die Stellener ein. Die Polizei hatte sorgfältig ein großes Aufgebot von Beamten gefestigt, doch aber leider nicht daran, das Aufsehen zu vermeiden, das ein von 30 oder mehr bewaffneter Beamten umringter Zug unter einer aufgeregten, zum Teil wohl auch nicht ganz nüchternen Menge machen mußte. Es kam sehr bald zu Ausschreitungen, namentlich zu Steinwürfen, die teilweise recht dicht geslogen sein sollen. Einige Male trübte die Polizei die Ereignisse mit der Waffe ausseiner, doch sammelten sich die Scharen wieder.

Erschaffte Verletzungen kamen nicht vor, desto mehr wurde geschrien, gepfiffen und geschimpft. Die Polizei erforderte ihre „Arbeitswilligen“ auf den Hof eines Bauunternehmers, und die Menge zerstreute sich halb.

Wegen der am 30. März erfolgten Ausschreitungen wurde vor dem Bromberger Schwurgericht am 1. und 2. Juli gegen zehn Angeklagte verhandelt. Kein von

ihnen wurde schuldig im Sinne der Anklage befunden. Das Urteil lautet für zwei auf je zwei Jahre Zuchthaus, für die übrigen auf Gefängnis von einundhalb Jahr bis zu sechs Monaten herunter.

Der Haupt- und Schlüßauftakt vollzog sich vor demselben Gericht in der Zeit vom 6. bis 10. Juli. Diesmal war die Anklage des Landfriedensbruchs gegen einundzwanzig Arbeiter gerichtet. Schuldig gesprochen wurden von ihnen achtzehn; es wurde gegen sie auf insgesamt vierzehn Jahre Zuchthaus, sieben Jahre Gefängnis und die üblichen Nebenstrafen, Stellung unter Polizeiaufsicht, Ehroerlust, erkannt. Zwei sogenannte „Rädelsführer“, Dr. Orlotti und Dahms, erhielten fünf Jahre und ein des Steinwerfers überführten Angellager, Spiegelmann, vier Jahre Zuchthaus!

Das sind wahrhaft furchtbare Urteile, um so furchtbarer, als fast alle Verurteilten Familienväter sind. Wie feinherztig das Böhtauer Urteil, so fordert auch dieses Resultat eines Strafprozesses gegen „Streikverbrecher“ schräge Kritik heraus. Unsere Leser wissen, daß wir Ausschreitungen der in Rebe stehenden Art ganz entschieden, und zwar grundsätzlich nicht nur als Unkrautheit, sondern auch als Rechtsverlegung verurteilen, sie unter keinen Umständen billigen. Stets haben wir unter Hinweis auf die Folgen die Arbeiter eindringlich gewarnt, sich nicht zu berächtigen Handlungen hinreisen zu lassen. In dem Bemühen, sie zu verhindern, haben sich die Leiter der Streikbewegung mit uns vereint. In dem ersten Prozeß ist ja denn auch von dem als Zeuge vernommenen Arbeitersekretär Paul Stoezel ausdrücklich befunden worden, die Streikenden seien in ihren Versammlungen stets ermahnt worden, sich vor Ausschreitungen zu hüten, sich in den gesetzlichen Schranken zu halten. Selbst die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, welche die Versammlungen der Streikenden überwacht hatten, befanden einen wie der andere, daß die Streikleiter, sowohl die von den Centralverbänden aus Hamburg gesandten wie die Bromberger, keine Gelegenheit vorübergehen ließen, vor Gewalttaten gegen Streikbrecher, Arbeitgeber und Beamte auf das ernsthafte zu warnen. Ebenso wurde festgestellt, daß bei den Krawallen selbst sich Arbeiter „die Rebe heiser fühlten“, um die Ausschreitungen zu verhindern.

Diese Tatsache zu konstatieren, ist um so notwendiger, als gewissenlose, niebrächtige Scharfmacher nicht unterlassen werden, für die Ausschreitungen und die Urteile die Arbeiterorganisation, ihre Verbündungen und ihre Führer „verantwortlich“ zu machen.

Ohne Zweifel, die Verurteilten haben sich in bezüglichswertiger Verfehlung dessen, was der Sache der Streikenden dienlich gegen das Gesetz vergangen, sich strafbar gemacht. Aber daß ihre Straftaten so ungeheuer schwere Strafen rechtfertigen, wie gegen sie erkannt wurde, müssen wir ganz entschieden bestreiten. Es sind vielmehr für sie berechtigtermaßen außerordentlich erhebliche Milderungsgründe in Anspruch zu nehmen. Das das Gericht ihnen keine Milderungsgründe bewilligt hat, darin liegt die verurteilende Kritik der Urteile.

Es ist eine alte Rechts- und Gerechtigkeitsnorm, daß dem Angestellten alle Milderungsgründe zugelassen werden, auf die er nach Lage der Sache, nach Maßgabe der die Straftat bestimmenden und begleitenden Umstände Anspruch hat. Das ist in Bromberg nicht geschehen, obwohl die Milderungsgründe wahrlich nicht erst mühsam entdeckt oder künstlich konstruiert zu werden brauchten, denn sie lagen im fol-

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hamburg: (Bausperren), Ochsenzell b. Hamb. (Sperr über Kummerfeld);

Schleswig-Holstein:

Burg a. Fehmarn (Sperr über Christian Hammer), Laboe (Sperr über Stöltzing), Heikendorf (Sperr über Schötzchen), Alt-Heikendorf (Bausperren);

Mecklenburg:

Boizenburg, (Maurerstreik), Neukloster - Brüel-Sternberg, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Schwerin (Sperr über Bausperren);

Prov. Brandenburg:

Löbau (Maurerstreik), Tegel (Sperr über Engelke & Valting), Gr. Kreuzer Lohngebiet (Sperr über den Unternehmer Jacob aus Löbau), Hohenwussen (Sperr über J. Henke), Rathenow (Sperr über Maurermeister Baer), Vierden b. Schwedt a. d. O. (Bausperre über Wietshagen), Treuenbrietzen (Sperr über die Bahnarbeiten, Unternehmer Zutz aus Bromberg);

Pommern:

Swinemünde - Ahlbeck - Heringsdorf (Maurerstreik), Gartz a. d. O. (Sperr über Karsten in Gramzow, Bau in Staffeld), Anklam (Zimmerstreik);

Ost- und Westpreußen:

Tapiau (Bausperren), Elbing, Danzig (Differenzen); Prov. Posen:

Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt), Moseritz (Maurerstreik);

Schlesien:

Bunzlau (Aussperrung); Prov. Sachsen:

Barby (Aussperrung der Maurer), Trebitz a. d. Elbe (Bausperren über Elster in Schnellin), Stendal (Aussperrung der Maurer, Bauarbeiterstreik);

Königr. Sachsen:

Plauen I. V. (Streik); Sa.-Altenburg:

Eisenberg (Streik); Thüringen:

Ilmenau (Streik gegen Lohnreduktion), Coburg (Sperr über Köhler), Gotha (Sperr über Motzschmann), Eisenach (Aussperrung der Maurer);

Prov. Hannover:

Hannover (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter), Nienburg a. d. W. (Sperr über Dechow), Kameln (Zimmerstreik);

Westfalen:

Hagen, Dortmund (partielle Streiks); Rheinprovinz:

Cöln (Aussperrung der Maurer, Putzer, Fuger und Bautuhlfarbeiter);

Hessen:

Mainz (Maurer und Zimmerer ausgesperrt), Cassel (Aussperrung angedroht);

Baden:

Pforzheim (Streik), Karlsruhe (Differenzen);

Ausland:

Oesterreich:

Asch, Teplitz, Graz, Salzburg (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

Ungarn:

Pápa, Munkacs (Maurerstreik);

Schweiz:

Bern (Streik der Zimmerer);

Schweden:

Engelholm (Differenzen).

richtigen Zusammenhang offen zu Tage. Die Arbeiter waren vom Unternehmertum durch Ablehnung der Eingangsberatungen schwer verlegt; sie waren von es sich hier um die bedrohte "Autorität" handle, mag sich um ihr Herz gelegt haben wie ein elerner Käfer.

Kann man sich wundern, daß sie erregt wurden? Das Unternehmertum holt ausländische Arbeiter als Streikbrecher herbei, um die Streikenden niederzuswingen; es läßt diese Streikbrecher in auffälliger Weise durch Polizei eskortieren, um die Streikenden zu verhindern, das zu tun, was ihr gutes Recht, nämlich die ausländischen Arbeiter zu überreden, ihnen nicht in den Rücken zu fallen. Kann man sich wundern, daß die Erregung der Bromberger Arbeiter wuchs? Dazu die anderen bereits erwähnten Umstände, dann der bei solchen Ereignissen doppelt verhängnisvolle Einfluß des Genusses gefälschter Getränke. Endlich die Unbildung der Angeklagten, ihr Unvermögen, die Tragweite, die Folge ihrer Ausschreitungen zu erkennen. Wenn alles das keine schwerwiegenden Milderungsgründe sind, so gibt es solche Gründe überhaupt nicht. Die Angeklagten sind einer von Ihnen nicht verschuldeten, vielmehr dem ganzen System "autoritäter" Behandlung der Arbeiter zur Last zu legenden Verfehlung unglücklicher Umstände zum Opfer gefallen. Daraus resultierten ihre Straftaten, und darauf hätte unseres Erachtens auch das Urteil sich berufen müssen. Das Strafgesetz sieht für Hausschleuderbruch Gefängnis nicht unter drei Monaten, für Rädelsführer und diejenigen, welche Gewalttätigkeiten verübt haben, Zuchthaus bis zu zehn Jahren vor. Und nun ermisse man an der Hand der mitgeteilten Tatsachen die Härte der Bromberger Urteile gegen Leute, die sich nach den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Heine, höchstens des einfachen Hausschleuderbruchs, nicht des qualifizierten schuldig gemacht haben.

Hätte man polizeiliches nicht eingegriffen in das Recht der Streikenden, in friedlicher Weise an die importierten Arbeiter heranzutreten, um sie zu bereden, die Arbeit nicht aufzunehmen, so würde es höchst wahrscheinlich nicht zu Ausschreitungen gekommen sein.

Bei Betrachtung der Bromberger Urteile wird man unwillkürlich erinnert an die vielen Urteile, in welchen rohe Verbrecher mit unverständlicher Milde behandelt werden. Polizeibeamte, die sich der größten Ausschreitungen schuldig gemacht sind mit wenigen Monaten Gefängnis davon gelommen und alsbald begnadigt worden. Mitglieder der "besten" Gesellschaft haben als Angeklagte gleiche Wohlthat erfahren, ganz zu schweigen von den milben Urteilen gegen militärische Vorgesetzte, die schwerer, barbarischer Milkhandlung Untergebener überführt wurden. Der Führer Hüssener, der einen gemeinen Soldaten mordet, soll auf vier Jahre ins Gefängnis. In Gaußdorfhain greift eine ganze Rote "front" Katholiken einen freitragenden Prediger auf dem Kirchhof am offenen Grabe tödlich an. Der Staatsanwalt erhebt nicht Anklage auf Hausschleuderbruch, sondern wegen "Störung eines gottesdienstlichen Alters" und die Angeklagten werden mit Gefängnis von drei Tagen bis zu drei Monaten bestraft. Guteffend sagt ein juristischer Mitarbeiter des "Vorwärts" in der Befreiung der Bromberger Urteile:

"Eine Gesetzesgebung, die es der Willkür der Behörden überläßt, ob für dieselbe Tat ganz geringe oder furchtbar hohe Strafen verhängt werden, muß beseitigt werden. Überhaupt müssen diese unvernünftig hohen Strafandrohungen aus dem Strafgesetzbuch heraus.

Wenn das Bromberger Urteil durch seine Strenge unser Rechtsgefühl auf das empfindlichste verletzt, so liegt also der erste Teil der Schuld am Gesetz, das solche Strafen zuläßt.

Wie sieht es nun mit dem Gericht? — Den Geschworenen scheint nicht die Verantwortung beigebracht zu sein. Obgleich unserer Gerichtsverfassung nach alle bürgerliche Herkunft, haben sie es mit den Beweisen offenbar ernst genommen, sie haben durch Verneinung aller Schuldfragen als Angeklagte Arbeiter den Armen der Justiz entrissen und das Vorliegen mildender Umstände nur bei den am schwersten befassten und vorbestraften Angeklagten verneint. Und als der Vorsitzende die verhängten Strafen verkündete, zeigte sich, wie man uns sagt, auf der Geschworenenbank eine Bewegung, die als Überraschung, wenn nicht als Schreck ausgefaßt wurde.

Der aus Juristen bestehende Schwurgerichtshof hat die Strafen ausgemessen. Begründet wurden sie unter anderem auch durch die Verhöhung der "Autorität", die im Verhalten der Angeklagten lag. Und hier haben wir den Schlüssel zu dieser sonst unverständlichen Entscheidung: Dem Beamten geht die Autorität über alles. Die Richter haben die Ent-

segensschreie der unglücklichen Weiber gehört, die jedem in die Seele schreiten mußten, aber der Glaube, daß es sich hier um die bedrohte "Autorität" handle, mag sich um ihr Herz gelegt haben wie ein elerner Käfer. Wahrscheinlich haben sie geglaubt, besonders tüchtig ihrer Amtspflicht zu walten, wenn sie solche Strengübungen und das warme Mitteilb dem kalten blutlosen unverträglichen Begriff der "Autorität" zum Opfer brachten.

Weil in Bromberg die Angeklagten die öffentliche Autorität verlegt haben, sind sie so hart bestraft worden, weil Häftlingen in Essen, als es einen Menschen niederschlug, dem Autoritätsbegriff zu frönen vorgab, ist er so glimpflich davongekommen.

Das Volk aber denkt, daß sich das notwendige Maß von Autorität der Gesellschaft über die einzelnen anders aufrecht erhalten läßt, als durch vergessenes Blut und das Elend langer Buchhaus- und Gefängnisstrafen. Bei der bevorstehenden Umarbeitung des Strafrechts und Strafprozeßes wird man aus solchen Urteilen die Folgerungen ziehen. Es ist aber die höchste Welt, daß das geschieht!

Aus einer stinkenden Pfütze ist der „Grundstein“ hervorgegangen.

Diese gerade nicht anmutige Geschichte erzählt unser "Freund" Kehler den Lesern der "Einigkeit". Unser Artikel "Ein Jubiläumsstück" in Nr. 27 des "Grundstein" hat es dem alten Griesgram und unverbesserlichen Lügenpeter, der es in seinem langen Leben nur dazu gebracht hat, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in der grobsteigsten Weise zu verunglimpfen, angezeigt. Uns regen auch die unflätigsten Anwälte Kehlers nicht auf, wenn wir von seinem Gelehr. Notiz nehmen, so nur deshalb, um unsern jüngeren Lesern Gelegenheit zu geben, die schmutzige Art Kehlers, eines Mannes, der bei den deutschen Maurern einmal eine Rolle gespielt hat, und der seit Jahren mit eiserner Beharrlichkeit der Berufssplitterung das Wort redet, kennen zu lernen. Wir lassen zunächst das Kehlerische Glaborat folgen:

Wenn Verbündeter Geschichts zu schreiben versuchen, so müssen sie lügen oder verschweigen. Sie sollen es also lieber lassen.

Der "Grundstein" hatte am 1. Juli 1888 eine fünfzehn Jahrefeier zu begehen, denn am 1. Juli 1888 erschien seine erste Nummer, weil das ihm vorhergehende Blatt, der "Neue Bauhandwerker", am 10. Juni 1888 sozialistengesetzlich verboten wurde. Er kann dabei nicht umhin, auf die Vorgeschichte dieses verbotenen Blattes einzugehen, geht ihr aber möglichst weit, als nicht sehr ehrvoll, aus dem Wege. Was er darüber sagt, ist aber nicht wahr; das ist die einzige Art, wie er mit dieser Vorgeschichte fertig werden kann. Mit Ausnahmen einiger Blattverbote auf Grund des Sozialistengesetzes, die mir sehr wenig Störungen hervorbringen, hat die Organisation der Maurer unter dem Sozialistengesetz absolut gar nicht zu leiden gehabt. Keine Organisation der Maurer ist der Anwendung dieses Gesetzes zum Opfer gefallen.

Ein Teil der Maurerorganisationen, besonders die Berliner Maurerorganisation und noch manche andere wurde aber dadurch, daß die damalige Hamburger Zentralkommission der Maurer, die sogenannte Agitationskommission, in Ausübung ihrer Funktionen mit Hindernisierung aller Vorsicht und Klugheit gegen die ausdrücklichen Warnungen der Sozialaktion des "Bauhandwerker", vorsichtig dem preußischen Vereinsgesetz ganz frisch ans Werk lieferte. Es entstand daraus der berüchtigte große Berliner Maurerprozeß, der von 1884 bis 1890 dauerte und für die Berliner Maurerorganisation mit Freispruch endete.

In Folge dieses Prozesses wurde das Organ der deutschen Maurer auf Grund des preußischen Vereinsgesetzes, auch nicht des Sozialistengesetzes, 1884 unterdrückt, aber von den Berliner Maurern und der dazu von den deutschen Maurern eingefestigten Kommission, zwar ohne Unterbrechung fortgesetzt und weitergeführt; die Hamburger Agitationskommission nahm aber die Gelegenheit wahr, den Berlinern in den Rücken zu fallen und ihnen das Blatt, das sie auf ehrliche Art nicht in ihrer Weise bringen konnten, wonach sie schon lange strebte, in ganz gleicher Art zu stellen, indem sie den "Neuen Bauhandwerker" in die Lüde zu schreiben versuchte. Dieses Blatt ging dann am 10. Juni 1888 durch Verbot unter und ihm folgte die Gründung des "Grundstein".

Das ist die stinkende Pfütze, aus der der "Grundstein" hervorgehoben ist. Man schweige doch davon!

Zweifellos ist die Darstellung Kehlers über den Gang der Ereignisse falsch, insbesondere ist es ein Unsum, zu sagen, die Organisation der Maurer hätte unter dem Sozialistengesetz gar nicht zu leiden gehabt. Schon der Maurer- und Steinbauerverband war ein Opfer der durch das bevorstehende Gesetz ins unermäßliche gestiegene Polizeiwillkür geworden, und unter der Herrschaft des Schandgesetzes erfolgten Versammlungsverbote und Auflösungen von Maurerschäfvereinen in großer Zahl, von den sonstigen Scherereien ganz zu schweigen. Wenn Kehler diese Maßregeln alle auf das Konto des preußischen Vereinsgesetzes schreiben will,

so mag er es tun, aber kein Arbeiter, der die sozialistische Welt mitgemacht hat, wird es ihm glauben. Doch dies nur nebenbei.

Wir müssen uns aber noch etwas mit der stinkenden Pfütze beschäftigen. Und da müssen wir freilich schuldbewußt an unsere Brust schlagen und sagen: ja, wir haben nicht nur etwas, sondern viel verschwiegen. Wir glauben aber, milde und umstände beanspruchen zu dürfen, denn ohne Not führt man ja nicht gern den Grund solcher stinkenden Pfütze auf. Da aber Kehler wieder einmal den Schluß seiner Sauchgrube in Benutzung genommen hat, müssen wir notgedrungen zur Abwehr greifen und einen kleinen Abschnitt der Geschichte der Maurer Deutschlands hier zum Abdruck bringen:

Nachdem in den ersten drei Jahren des Sozialistengesetzes überhaupt keine Maurerorganisation bestanden hatte, gelang es den Berliner Kollegen im Jahre 1881 einen Fachverein zu gründen. Im Jahre darauf folgten die Hamburger Maurer dem Beispiel der Berliner Kollegen und im Jahre 1883 wurden dann noch in einigen größeren Städten Maurerschäfvereine gegründet. Nun bat die organisierten Kollegen auch bald daran, auf einem Kongreß die nötigen Verbündungen zur Ausgestaltung und Festigung der Organisation zu suchen. In Berlin und Hamburg trachtete man von vornherein barnach, die Leitung der Bewegung in die Hand zu bekommen, und mit mehr oder minder großem Misstrauen wurden gegenseitig die Maßnahmen der einen oder der anderen Kollegengesellschaft beobachtet. Der erste Kongreß der Maurer Deutschlands unter der Ära des Sozialistengesetzes wurde von Aueendorf-Hamburg im Auftrage des Hamburger Fachvereins nach Berlin einberufen und am 28. und 29. April 1884 im Konzerthauses "Sansouci" abgehalten.

Auf diesem Kongreß wurde u. a. auch die Herausgabe einer Fachzeitung beschlossen. An diesem Beschuß wurde die Bedingung geknüpft, daß die Zeitung entweder von einem Kollegen als Privatunternehmer oder aber von einem bestehenden Fachverein (ganz gleich in welcher Stadt) herausgegeben werde. In einer nach Schluß des Kongresses abgehaltenen Versammlung der Berliner Maurer wurde beschlossen, daß zu gründende Fachorgan in Berlin als Eigentum der Berliner Maurer herauszugeben, und fünf Berliner Kongreßdelegierte wurden mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. In der Anfangszeit des Blattes, das den Namen "Bauhandwerker" erhielt, (Probenummer vom 1. Juni 1884) wurde u. a. gelagt:

„Diese Kommission (die Kongreßdelegierten) nahm den Regierungsbauamtmann Gustav Kehler auf und übertrug ihm die Bevorzugung der Mediationsgeschäfte. Regierungsbauamtmann Kehler, ein Mann, dessen religiöse, politische und soziale Freisinnigkeit zweifellos ist, hat nicht erst seit neuerer Zeit Fühlung mit den biesigen Arbeitern. Das Blatt ist und bleibt Eigentum der Berliner Maurer, und wird den Generalversammlungen derselben eine ausreichende Kontrolle über dasselbe ausstehen. Es gilt den Herausgebern der Grundstein, daß außer den angemessenen und anständigen Bezahlung jeder Leistung für das Blatt, niemand dabei einen Geldgewinn irgendwelcher Art machen.“

Der "Bauhandwerker" ist keine Geldspekulation, er ist von Arbeitern für Arbeiter gegründet, von Arbeitern in den Hauptzwecken geleitet. Er dient keiner politischen oder religiösen Partei, nur dem Recht und der Auflösung.“

Hier wird Kehler zuerst in die Arbeiterbewegung öffentlich eingeführt; auf eine weiter zurückliegende Zeit dürfte er seine persönliche Bekanntschaft mit der Arbeiterbewegung auch nicht stützen können. Das wäre ja nun auch weiter nicht schlimm; aber Kehler kam nicht mit der lauteren Absicht, der Arbeiterbewegung zu dienen, sondern er wollte sich eine neue Existenz gründen. Nicht freiwillig, nicht aus Überzeugung warf Kehler sich als "Arbeitersführer" auf, sondern um sich eine Brotschale zu sichern, suchte er Unterschlupf bei den Berliner Maurern, nachdem er kurz zuvor von der bürgerlichen Gesellschaft abgestoßen worden war und seinen Dienst als Regierungsbauamtmann hatte quittieren müssen.

Kehler fand die Protection des Maurers R. Conrad, eins der fünf Berliner Kongreßdelegierten, und so wurde Kehler denn in die Zeitungskommission "aufgenommen" und ihm die Redaktion übertragen, während Conrad mit der Expedition des "Bauhandwerker" betraut wurde.

Darin wird ja niemand etwas Unstimmiges erblicken. Wenn beide zu den ihnen zu erledigen Amtern braucht gewesen und ohne Nebengebühren mit Lust und Liebe für die Förderung eingetreten wären, dann hätten Conrad und Kehler den deutschen Maurern nur willkommen sein dürfen.

Aber diesen Fortgang nahm die Geschichte leider nicht. Conrad wurde am 15. Oktober 1884 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen; nach

den Gerichten, die bald darauf verbreitet wurden, hatte er seine Expeditionsgeschäfte nicht mit der nötigen Umseit geführt, oder es mögen ihm auch die Kenntnisse dazu gefehlt haben. Auch der Nachfolger Conrad war nicht fähig, die Geschäfte übersichtlich führen zu können, und bei den übrigen Kommissionsmitgliedern scheinen die Fähigkeiten nicht größer gewesen zu sein. Diese Verkettung mitseliger Umstände (für den Regierungsbaumeister war es allerdings ein günstiges Omen) hat wohl bei Rehler den Entschluss reifen lassen, das Blatt als sein Eigentum an sich zu reißen. Wir sagen: den Entschluss reißen lassen; denn der Plan, Berrat an den Mauern zu begehen, scheint von Anfang an bei Rehler bestanden zu haben, und sehr wahrscheinlich ist er in diesem Plan von Conrad unterstützt worden.

Als Beleg für unsere Behauptung drücken wir folgenden Brief ab, der schon früher im „Neuen Bauhandwerker“ veröffentlicht und später in Paeploys „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“ reproduziert worden ist, ohne daß er in irgend einer Weise von den direkt Beteiligten beansprucht worden wäre. Am 21. Oktober 1884 schrieb Rehler an Conrad, der seinen Aufenthalt in Halle a. d. S. genommen hatte, wie folgt:

Besser Herr Conrad!

Ich habe zwar U. gefragt, ich würde morgen mitkommen nach Wittenberg, ich weiß aber nicht recht, ob ich es möglich machen kann, wenn es irgend geht, tue ich es. Ich muß schon. In der Sache des „Bauhandwerker“ habe ich Ihnen zu öfteren gefragt, ich bin willens, mit Ihnen das Blatt weiterzuführen. Ich sehe ganz gut ein, daß ich es, wie die Sache heute liegt, allein nicht gut wahrnehmen kann, und mit den hiesigen Geistern erst recht nicht, das ist richtig ohne Frage. Es bleibt wohl noch ein Drittes, das vorläufig nicht in Betracht stehen mag. Nun kommt es mir aber darauf an, auch meine Ansprüche an das Blatt außer Zweifel gestellt zu sehen; denn ich bin doch der Ansicht: ich bin doch eigentlich derjenige, der das Blatt zu dem gemacht hat, was es ist. Ich bin nicht willens, für irgend jemand die Gastantritte aus dem Feuer zu holen, auch für Sie nicht, Herr Conrad.

Darum biete ich Ihnen folgendes unter uns getroffene Abkommen an: Wir beide vereinigen uns zu einer öffentlichen Handelsgesellschaft mit Sitz in Berlin zur Herausgabe des Blattes der „Der Bauhandwerker“. Diese Gesellschaft tritt mit dem 1. Januar 1885 in Kraft, bis dahin bleibt das Verhältnis des Blattes wie es heute liegt. Ich halte dies für notwendig, um nicht unnötige weite Siedlungen und Unordnungen herorzufürzen. Die Redaktion führe ich ganz unabhängig, ebenso werden Buch und Rechnung von mir geführt. Für diese Arbeiten erhalten ich eine Remuneration von M. 200 monatlich, wenn die Einnahmen es gestatten. Sie führen die übrigen Geschäfte des Blattes und erhalten dafür M. 100 monatlich. Ergeben die Einnahmen nicht diese M. 200, so werden unsere Gehälter nach dem Verhältnis wie 2:1 gekürzt. Ein Überschuss, der sich ergibt, wird unter uns auf gleichen Teilen verteilt. Seheb von uns beiden liquidiert seine Vorauslagen für das Blatt mit der Maßgabe: Es hat jeder dem anderen diese Auslagen monatlich bis zum 8. des nächsten Monats spezifiziert anzugeben und der andere hat sich bis zum 6. des Monats darüber zu erkunden, ob seine Ausstellungen darüber zu machen. Auslagen, die bis zum 8. nicht angegeben sind, dürfen unter keinen Umständen in Rechnung gebracht werden; ebenso gelten Einwendungen, welche nach dem 6. gemacht werden, nicht mehr. In anderen Punkten gelten die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über offene Handelsgesellschaften.

Wenn Sie mit diesen meinen Vorschlägen einverstanden sind, so schicken Sie mir eine vörliche Abschrift der blau unterstrichenen Zeilen mit dem Anfang: „Ich vereinige mich mit Herrn Baumeister Rehler zu Berlin.“ Natürlich sagen Sie für „ich“ Sie und für „Sie“ ich. Ein solcher Abschluß ist vollkommen bindend und Sie wie ich sind dann einer des anderen sicher; wir können dann ruhig ohne Misstrauen weiterarbeiten. Unser Abkommen wurde vorläufig gegen jeden geheim bleiben. Das laufende Quartal ordnen wir nach bestem Einvernehmen unter uns. Macht man zu große Späne, so können wir den alten auf und geben am 1. Januar einen neuen mit kleinen unmerklichen Änderungen im Titel heraus. Wir behalten dann alle Abonnenten, es erfreut den Aufsteigenden nichts geändert an der Sache.

So ist mein Plan. Wenn Sie einwilligen, telegraphieren Sie: Ja! Ich komme dann morgen sicher. G. K.

Aus diesem Briefe spricht offenbar, wohlüberlegter Berat der Arbeiterinteressen, zu deren Güter Rehler bestellt war und wo zu er sich feierlich verpflichtet hatte.

Vor kaum vier Monaten hatte dieser selbe Rehler in dem Prospekt-Artikel versichert: Das Blatt ist und bleibt Eigentum der Berliner Maurer. Es gilt den Herausgebern der Grundstücks, daß außer der angemessenen und anständigen Bezahlung jeder Leistung für das Blatt, niemand dabei einen Geldgewinn irgend welcher Art macht. Mit den durch etwaige steigende Verbreitung des Blattes festgestellten Einnahmen wird sich auch die Leistung desselben an seine Leser steigern. Alles unter Genehmigung der Generalversammlung der Maurer Berlins.

Vier Monate später sollten die Berliner Maurer gar nichts mehr zu sagen haben. „Mit den hiesigen Geistern“, mit den Kommissionsmitgliedern, auf deren Schultern Rehler tronte, und die dieser auch öffentlich als die bravsten und tüchtigsten Männer rühmte, wollte der Herr Baumeister nichts zu schaffen haben. Ganz selbstherlich wollte er schälen und walzen, denn auch Conrad sollte ihm die Staffage sein.

Rehlers Plan ist ja erstaunlicherweise nicht gescheitert. Er hatte die „Strohmänner“ doch wohl unterschätzt. Aber gescheitert ist es ihm, die Mauern Deutschlands gründlich zu entzünden, wenigstens auf eine Reihe von Jahren. Als er in Berlin mehr argwöhnisch beobachtet wurde, fing er an, mit den Hamburgern zu verbünden, und als ihm auch dort die Trauben zu hoch hingen, waren wieder die Hamburger Maurer resp. die Führer derselben die schlechtesten Kerls. Richtig ist ja, daß zwischen Berlin und Hamburg von vornherein eine Rivalität bestand, aber sie wäre wohl bald besiegt worden, wenn es dem Rehler nicht gelungen wäre, die Klüft zu vergrößern. Und je größer der Hamburger Anhang wurde, mit desto schmützigeren Waffen kämpfte Rehler für seine Existenz. Er hat förmlich im Mist gewohlt und Schmutzklub über Schmutzklub hat er im „Bauhandwerker“ resp. in den nachfolgenden Blättern über die von den späteren Kongressen bestellten Zettel der Maurerbewegung, der Agitationskommission in Hamburg, ausgetragen.

Und um diesen von Rehler geschaffenen Sumpf, die „stinkenden Pfützen“, in denen er mit dem Begegnen einer Sau wählt — also um diese Pfützen zu verschütten, den Sumpf trocken zu legen, die die Arbeiterbewegung vergiftenden Parasiten auszurotten, mußte unser Vorgänger, der „Neue Bauhandwerker“ gegrünbart werden. Und somit wir teil haben an dieser Kulturarbeit, die Maurerbewegung aus dem Sumpfe gehoben und dem Rehler das Handwerk gelegt zu haben, wollen wir uns den Vergleich: der „Grundstein“ setzt einer stinkenden Pfütze hervorgegangen, gerne gefallen lassen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Der Beschuß des Zweigvereins Hamburg, zur Durchführung der bekannten Forderung energetischer als bisher mit Bauprerten vorzugehen, hat den Vorständen des „Vier-Städte-Bundes“ veranlaßt, an die die Zweigvereinsvorstände der Maurer und Zimmerer ein Schreiben nachstehenden Inhalts zu richten:

„Im Anschluß und auf Grund der gestern, Dienstag, den 14. Juli 1903, zwischen der Baugewerbeinnung Altona und ihrem Gewerkschaftsrat stattgefundenen Verhandlung, deren Ergebnis der Baugewerbeinnung „Bauhütte zu Hamburg“ mitgeteilt ist, wird hiermit im Namen des Vier-Städte-Bundes die Erklärung abgegeben, daß die Baugewerbeinnungen in Hamburg, Altona und Wandsbek vom 16. März 1904 ab die neunstündige Arbeitszeit und 70,- 3 Stundenlohn für die Geistlichen und 70,- 3 Stundenlohn für die Beamten beibehalten, falls bis Freitag, den 17. Juli 1903, Mittags, die im Bereich des Vier-Städte-Bundes bestehenden Sperren aufgehoben sind und in derselben Angelegenheit keine neuen Sperren bis 16. März 1904 verhängt werden.“

Auf diese Erklärung wird einer Antwort bis Freitag, den 17. Juli 1903, Mittags, entgegengesetzt. Eine zahltägliche besuchte Mitgliederversammlung des Zweigvereins der Maurer, die Freitag, 17. Juli, stattfindet und sich mit diesem Schreiben befaßt, folgt folgendes Besluß:

„Am 17. Juli bei Springhorn tagende Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Hamburg, beschließt: 1. Auf Grund des Angebots des Vier-Städte-Bundes resp. der Baugewerbeinnungen in Hamburg, Altona und Wandsbek vom 16. Juli d. J. vom 16. März 1904 ab die neunstündige Arbeitszeit und 70,- 3 Stundenlohn für das Arbeitsgebiet der Städte Hamburg, Altona und Wandsbek einzuführen, wenn die jetzt bestehenden Sperren aufgehoben und in derselben Angelegenheit bis zum 16. März 1904 keine neuen Sperren zu verhängen. Werden die zur Zeit vom Centralverband der Maurer über Innungsmeister in Hamburg-Altona verhängten Sperren aufgehoben. 2. Die heutige Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Vier-Städte-Bund aus dem von ihm im vorjährigen Jahre eingeleiteten und betriebenen Aussperrung, die sich auch auf Wilhelmshaven und Sarburg jüngst auf die Bauhütte arbeiter im ganzen Gebiete des Vier-Städte-Bundes erstreckte, nicht die richtige Konsequenz gezogen und die Einführung der neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für

Wilhelmshaven und Sarburg einerseits und anderseits eine Lohnherabsetzung für die Bauhüttearbeiter in Aussicht genommen hat. Die heutige Versammlung ist überzeugt, daß es ohne Lohnherabsetzung für die Bauhüttearbeiter keinen Frieden im Baugewerbe gibt, wie sie auch ihre volle Sympathie den kämpfenden Bauarbeitern entgegenbringt. 3. Die heutige Versammlung beauftragt den Vorstand des Zweigvereins, ein wachsames Auge auf den Arbeitsnachweis der Hamburger Baugewerbeinnung zu haben und einen späteren Versammlung eventuelle Maßnahmen zu unterbreiten zur energischen Abwehr jeder etwa von den Innungsbürocracy geplante Maßregelung, insbesondere durch vom Innungsbürocracy geführte schwärzelisten.“

Die „Blätter“ haben in einer Versammlung, die Sonntag, den 19. d. M., stattfand, eine ähnliche Resolution wie die Maurer angenommen. Die Bauarbeiter dagegen haben beschlossen, den Kampf so lange energisch fortzuführen, bis auch ihre Forderung von der Innung resp. dem „Vier-Städte-Bund“ anerkannt werden ist. Die Bauarbeiterbewegung in Hamburg ist also noch keineswegs beendet, da auch von den Maurern und Zimmerern diejenigen Bauten gehörten werden, die von Unternehmen aufgeführt werden, die die Innung nicht angehören und die Forderung der Geistlichen nicht anerkannt haben.

Über das Geschäft des Unternehmers Kummerfeld in Ohlsdorf (bei Hamburg) ist die Sperrerei verhängt.

Gau Berlin. In Kreuzenbrücke sind die Arbeiten an den Bahnunterführungen und Brücken, welche von der Firma E. Böhm-Bromberg ausgeführt werden, gesperrt. Die Firma verzerrt sich an Stelle der elbständigen Arbeit, die sie gezwungenermaßen einzuführen, die in Kreuzenbrücke und Umgegend schon seit drei Jahren festgelegt ist. Der Geschäftsführer der Bahnbaufirma steht auf dem Standpunkt, daß dieses nur für die einheimischen Unternehmer gilt, jedoch von Bromberg oder sonst irgendwo herkommende Unternehmer könne arbeiten lassen, wie es ihm beliebt. Ein mehrtägiger Verhandlung war er von diesem Standpunkt nicht abzuwenden. Donnerstag, den 16. Juli, legten die dort beschäftigten zehn Kollegen die Arbeit nieder.

Die Maurer in Bierberg (Bergbaugebiet Schwedt a. d. Elbe) haben das Geschäft des Unternehmers Wielhagen gesperrt, weil er sich weigerte, Sonnabends und Montags die tägliche Bergaufstiegung (vertaktete Arbeitszeit) zu gemäßigen.

Gau Magdeburg. Die Bauarbeiter in Stendal legten infolge eines Versammlungsschlusses Montag, den 18. Juli, die Arbeit nieder, um eine Lohnherabsetzung von 2,- pro Stunde zu erreichen. Brombi zeigten die Unternehmer, allen voran der Herr Böhm, daß die Aussperrungsfeier sogar auch in der Altmark graffiert, indem unsere Kollegen ohne weiteres ausgesperrt wurden. Wie verlief, wollen die Unternehmer die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen lassen, bis die Maurer dem Deckmantel den Rücken gelebt haben. Na, uns kann's recht sein, wenn ihnen dabei der Atem ausgeht, dann find wir die Sippe mit einem Schlag los. Die Streitklausel ist bei den Kasernenbauten nicht vorgelebt. Künftig also die Stadtverwaltung nicht gegen die Arbeiter Partei, dann dürfte sich die Hochmuth des Herren bald abgleiten haben. — In Dessau hat die Tuchfabrik Seiler ein großes Werkhaus. Die Abriss- und Ausbaudienstbarkeiten werden zum Teil von Angestellten der Firma ausgeführt. Wenn's dem Chef der Firma beliebt, sagt er fogar die Beamten hinaus, um mit der Sippe tätig zu sein. Streitklausel muss sich also seinen Beamten liegen, und mag es deshalb dem Herrn etwas schwierig werden, sein, als er Montag, den 18. Juli, die Wahrnehmung macht, daß die Maurer und Bauarbeiter dem Unternehmer Maye, der die Maurerarbeiten ausführt, die Arbeit vor die Füße werfen, weil er zwei Kollegen, die die Errichtung einer Bahnlinie forderten, entließ. Raigartig ist der Mann anderer Meinung geworden und soll das fogar auf das Eingreifen des Bauhüttenzurückzuführen sein. In einer Predigt, die seitens der leitenden Kollegen mit dem Unternehmer stattfand, erklärte er sich bereit, alle Kollegen wieder einzustellen, 40,- Stundenlohn zu zahlen und dafür zu sorgen, daß demnächst die Lohnkommission zu einer Sitzung geladen wird, um einen festen Arbeitsvertrag abzuschließen. Auf Grund eines Versammlungsschlusses wurde denn auch am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Kommt es allerdings nicht zur Verhandlung mit den Unternehmern, dann werden sehr bald die Wirtel fallen, denn hier tut eine Bahnauflösung bringend not.

Aus Coburg wird berichtet: Dem Unternehmer Köhler ist es gelungen, seinen Bau wieder zu besetzen. Leider haben auch drei Organisierte sich dazu hergegeben, Streikbrecherdienste zu leisten. Aber trotzdem können wir mit dem Ausgang zufrieden sein, denn Köhler äußerte vor Befragten: „Wir acht Tage lang wir die erste Balkenlage.“ Sie wartet aber noch heute darauf, daß sie gelegt wird; also wird er auch eingeschlagen haben, was er früher für Maurer hatte und was er jetzt für welche hat. Für die organisierten Kollegen ist der Platz Köhlers bis auf weiteres gesperrt.

Aus Plauen wird uns berichtet: Der Stand des Streiks hat sich in vergangener Woche nur unwesentlich geändert, daß den Unternehmern gelungen ist, unter Aufzehrung aller Mittel natürlich, 80 „Arbeitswillige“ heranzuliefern, von 14 sich zur Aussperrung bewegen ließen. Von den Streikenden sind in dieser Woche 115 abgezettet und die Zahl der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Maurer ist auf 200 gestiegen. Im Streit befinden sich noch 580 Kollegen mit 376 Kindern. Die Unternehmer geben sich alle erbärmliche Mühe, um „Arbeitswillige“ zu erhalten, aber es will nicht gelingen, sogar bis nach Karlstadt in Böhmen reisen sie und versprechen den Leuten noch viel mehr, als die Streikenden fordern. Weiter bemüht man das sehr beliebte Mittel, in den Zeitungen zu schreiben, der Streit sei beendet, die Abgereisten könnten wieder kommen, und es arbeiten schon sehr viele. Alles hat nichts geholfen, denn man hat die bisherigen Unternehmer schon hinreichend kennen gelernt, und auch kein Maurer fällt auf dieses Bodenmittel mehr hinzu. Eine Drei seiter bewegen die Meister den Vogtländischen Anzeiger um allerhand Unbillarbeiten auf die Streikenden abzuladen, ja man versteigt sich sogar soviel, daß man glaubt, 4 bis 6 beristete Schlägerteile können Staub und Dreck wieder herstellen, man sagt auch in derselben Nummer wörtlich: „Wann wird man endlich gegen die Anführer der Stadtkollegien in der Nähe des berühmten gewordenen „Schillergarten“ energisch vorgehen?“ Hält man die Unbillarbeiten der Streikenden auch anderswo, wie in der Streitzeitung, nur für Eigent? Mehrere Bürger,

Es muss betont werden, dass es zu keinen Standorten oder sonst etwas ähnlichem im "Schlagergarten" (dem Sammlungsraum der Streikenden) gekommen ist und hat auch die Polizei bis heute noch keine Bekanntmachung zum Einfließen gehabt. Trotzdem hat man der Verwaltung des "Schlagergartens", der neuerdings bemerkte Eigentum der Partei und Gewerkschaft, ist nahegelegt, dafür zu sorgen, dass keine Zusammensetzungen, Aufläufe und Belästigungen der Straßenpassanten vorkommen, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, dass die Polizei stunde über das Lokal verängstigt oder gar die Schanfongesetz entzogen wird. Alle diese Maßnahmen der Polizei sind nur auf den Einsturz der Unternehmer auf die Polizei zurückzuführen. Man ist in Unternehmertreinen der Meinung, wenn man die Streikenden abdrückt macht, dass man dann auch den Streik selbst aus der Welt schafft. Dass sich diese Onkels auf dem Holzweg befinden, wird ja die Folgezeit lehren. Von Bezahlungen und Sitzierungen ist auch in der vergangenen Woche zu berichten. Tropfen rüsten die Unternehmer immer mehr nach polizeilichem Schutz, wo doch von Seiten der Polizei schon alles mögliche getan worden ist. Wie den Leitern des "Grundstein" bekannt sein dürfte, ist gleich bei Beginn des Streiks den Streikenden der Austritt zum Bahnhof und zu mehreren Straßen verboten worden; trotzdem fand die Polizei den ganzen Tag am meistreiten Bauten auf und jeden Streikenden drohte und übte die "Arbeitswilligen vom Bau nach der Wohnung begleitet" glaubt in einem eingefangen im "Boglandischen Anzeiger" ein Gewerbetreibender behauptet zu können, wenn die "Arbeitswilligen" besser geführt werden könnten, wäre der Streik schon längst beendet. Klingt dieses nicht bald wie ein Vorwurf, dass die Polizei noch nicht genug getan hat? Die Unternehmer, und ein solcher ist ja auch dieser "Gewerbetreibender", sind eben der Meinung, mar kann den Streik mit dem Polizeiappell aus der Welt schlagen. Doch sich da diese Onkels auch wieder im Jettum befinden, beweist, dass sie am Sonnabend früh abgehaltene sehr stark besuchte Versammlung der Streikenden, in der einstimmig beschlossen wurde, im Streik einzutreten, und vertrag ein jeder auch dafür Sorge zu tragen, dass kein Streikbrecher nach Mainz kommt.

Aus Hannover wird über angebliche Ausschreitungen der streikenden resp. ausgeschickten Bauarbeiter berichtet. Daraus ist nur richtig, dass es bei dem Transport von Arbeitswilligen in der bekannten ausfälligen Manier wiederholt zu Menschenansammlungen kam, welche durch die Abstreitungsmaßregeln der Polizei noch verschärft wurden. Ein Bauunternehmer, der sich "bedroht" fühlte, pustete mit einem Revolver, und das war allerdings für die Menge das Signal, den Revolverhelden zu weiteren terroristischen Ausschreitungen unfähig zu machen. Grade an diesem Vorfall ist jedoch kein Streikende beteiligt. Wie wenig die Bauarbeiter zu Ausschreitungen geneigt sind, mag die Tatsache beweisen, dass Herr Stadtdirektor Examm und Herr Senator Fink ihre legitime Versammlung aufzuladen, um die Arbeiter zu einem Einigungsraum zwecks Beileitung des Konflikts zu bewegen. Beide Redner erinnerten demonstrativen Beifall, nicht wegen der Sache, die sie vertreten, sondern wegen ihres guten Willens und ihres freimütigen Auftretens. Rücksichtsvoller erzielten beide keinen Erfolg. Die Versammlung befasste sich mit der ursprünglichen Forderung wieder zu erneuern und forderte nun 52,- pro Stunde und vom 1. April 1904 ab 66,- bei 9-stündiger Arbeitzeit. Durch diesen Beifall ist ein einheitliches Vorgehen mit den christlichen Gewerkschaften möglich geworden. Wie der Herr Stadtdirektor und Senator Fink den Saal verließen, sprach Stadtdirektor Examm seinen Dank aus für die freundliche Aufnahme, die er gehabt habe. Der Magistrat beklagte die Situation auf das lebhafteste. Aus den Arbeitgebern war aber nicht mehr herauszuholen: "Sie wollen nun Ihre eigenen Wege wandeln, die Sie in Ihrem Interesse glauben wandeln zu müssen. Ich versichere, dass wir trotzdem alles aufnehmen und eine Einigung versuchen werden und mit aller Kraft arbeiten wollen, bis der Kampf ein Ende nehme. Unseres Wohlwollens können Sie vertraut sein. Obgleich Sie unsere Vorschläge abgelehnt haben, verbinden uns doch für die Zukunft die freundlichsten Gefühle." — Wir meinen, so spricht man nicht zu einer sanitativen Horde, als welche die bürgerliche Presse die streikenden Bauarbeiter Hannovers erscheinen lassen möchte. Vielleicht macht aber der Herr Stadtdirektor seinen Einfluss auch dahin geltend, dass nicht durch ungeliebte Anordnungen der Polizei die weniger geführte und leichter zu erregende Menge der Strafe getrotzt wird. Auch den Herren Unternehmern sollte bedeuten werden, dass es einen Paragraphen im Strafgesetzbuch gibt, der das Schießen an bewohnten Orten unter Strafe stellt.

In Hamm streiken die Zimmerer, wodurch auch bereits einige Mauer in Mitleidenschaft gezogen sind, deren Zahl sich voraussichtlich aber bald erhöhen dürfte.

Gau Dortmund. In Hagen, wo sich unsere Kollegen bereits fünf Wochen im partikulären Kampf befinden, sind neue Maßnahmen im Laufe der letzten Woche nicht aufgetreten; wohl aber haben bei drei weiteren Unternehmern die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Geplant ist jetzt: Arndt & Trepper, Gräfenthal & Groten, Jahn, Assauer, Kildorff, Jansen, Ehrlinghausen & Schling. Die weiteren Mitteilungen, die vor drei Wochen von der Innung verbrochen wurden, sind bis heute noch nicht eingetroffen. Götzen sich die Kollegen, die bei den geplanten Unternehmern die Arbeit niedergelegt, nicht als es geschehen und wie es ihre Pflicht gewesen der Leitung zur Verfolgung gestellt, so wäre jedentheil der Sieg ihnen sicher. In Düsseldorf haben im Laufe der Woche die Unternehmer Spengler und Schmidt, letzterer ist Innungsmeister, bewilligt. Am Sonnabend fanden Verhandlungen zwischen dem Innungsvorstand und dem Gesellenauschuss statt, die aber resultlos verließen. Innerhalb der Innung suchen sich die Unternehmer gegenseitig mit Mauern auszuhelfen, aber auch hiermit haben sie kein Glück. Geplant ist jetzt: Abel, Stephan, Becker, Sandert, Beatrix, Raumhburg, Schulte, Krieter, Bannweber und Weber. Die zum vorigen Donnerstag angebrachte Aussperrung ist bis zum 20. d. M. verhoben; aber auch hierüber ist es ganz zufällig geworden. Klar ist es also ab. Auch in Bochum ist es jetzt zum partikulären Kampf gekommen. Hier wurde im Frühjahr die Innung die Forderung auf 47,- Stundenlohn, sechsstündige Arbeitzeit, Beifall der Kündigung usw. übermittelt. Die Zimmerer und Dachdecker, beiden durch partielle

Stells ihre Forderungen größtenteils durchgedrungen. Mit den Mauern wurde die Sache in die Länge gezogen. Sonntag, den 12. d. M. fand dann eine Innungversammlung statt, an der der Gesellenauschuss und auch Vertreter unterschiedlicher Gewerkschaften teilnahmen. Die Gelehrten erst vom nächsten Freitag an gezeigt werden. Ferner boten sie einen Minimallohn von 40,- und einen Höchstlohn von 44,- pro Stunde. Hieran schieden natürlich die Verhandlungen. Am Montag Abend fand dann eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in der hochstehen wurde, in den partikulären Streik eingetreten. Geplant sind hier die Unternehmer Hoffmann, Schneider, Eichner und Rehmann, während der Unternehmer Baumgärtner bereits bewilligt hat. In allen drei Orten steht die Bewegung äußerst günstig für.

Die Lohnbewegung in Köln ist heben. In einer sehr stark besuchten Versammlung der Ausgesperrten, die Mittwoch, 16. Juli, stattfand, wurde beschlossen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Verbandsvorstand, Kollege Dömelburg, und andere Redner, traten für sofortige bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit ein, indem sie ihre Ansichtsweise folgt begründeten: Wohl sei es nicht leicht, wie in Mainz, wo nach einer brutalen wochenlangen Aussperrung die Ausgesperrten mit Ausdauer und Begeisterung gelämpft, den Kampf aufzugeben, hingegen in Mainz, wo wir noch einig und stark sind. Viele wollten deshalb den Kampf fortführen und siegen. Leider sei das leichter, was alle wijschen, nicht immer möglich. Ob aber eine solche Kampfsatzrichtig sei, die besagte: Siegen oder unterliegen". Kampf bis aufs Messer usw., mithin beiderseitig weiterspielen. Das Herz oder das Gefühl darf in solchen Fragen wenig mitreden, denn nur zu leicht gerate man dadurch auf falsche Bahnen. Unser Hauptaufgabe sei, so geschlossen an die Arbeit zurückzukehren, wie vor sie verlassen hätten, dann werden selbst die Bauunternehmer bei bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit uns Respekt und Achtung nicht versagen können. Keiner darf sich befreit fühlen und den Kopf hängen lassen, denn der blöder Kampf besiegt das keineswegs. Die Unternehmer hätten aber gezeigt, aber noch ein solcher Sieg führe sie ins Verderben. Die Organisation sei nach wie vor stark und kräftig und zu jeder Zeit in Lage zu sein. Der Kampf sei von Anfang bis Ende ein Match am Kampf gewesen und kein Schönkampf. Die Unternehmer seien für den Kampf wohl vorbereitet gewesen und hätten denselben auch in einem für sie günstigen Augenblick provoziert. Ferner sei in den letzten Wochen ein Faktor in dem Kampf aufgetreten, der am Anfang nicht vorhanden und die Sache für uns ungünstig beeinflusst, nämlich: die veränderte Stellung der Polizei für die Unternehmer. Wenn die Macht und die Stärke der beiderseitigen Organisationen (Unternehmer und Arbeiter) aus eigener Kraft, die Entscheidung hätten herbeiführen sollen, wäre der Ausgang zweifellos ein anderer geworden.

Die Kampfstatistik der Mauer werde auch im Hinblick auf das ausländische Streikbrechergefunden für die Zukunft eine andere sein. Der Kampf wird nicht etwa ausgegeben wegen Mangel an Kampfsmitteln und Einigkeit, oder wegen Mangel an finanziellen Mitteln, denn dieses alles sei noch in reichlichem Maße vorhanden, sondern einig und allein auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse. Und die Polizeiwillkür, die einzigste Handhabung des Blechtes, empfiehlt aus taktischen Erwägungen die Aufhebung des Kampfes. Der Kampf würde auch für die Unternehmer eine heilige Lehre und Wirkung haben, wenn sie die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Ein Kampf, der von unserer Seite mit so viel Geldmitteln und Begeisterung geführt, kann nicht verloren gehen, wenn auch ein unmittelbarer Erfolg nicht eintrete. Die praktischen Erfahrungen in anderen Kämpfen beweisen dies.

Diesen Argumenten gegenüber kommen die Befürworter der Weiterführung des Kampfes nicht aufzutreten. Alle sonstigen Fragen sollen in späteren Versammlungen, wenn sie an uns herantreten, die Erledigung finden. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden für weitere Ausbildung der Organisation und für die Einigkeit einzutreten, wurde mit einem brausenden Applaus auf das Zentralverband der Versammlung geschlossen.

So hätte denn dieser länger als 11 Wochen dauernde Kampf augencheinlich sein Ende erreicht. Wer ist Sieger geblieben? Haben die Unternehmer gewonnen, doch die Arbeiter die Arbeit bedingungslos aufgenommen? Nein, und abermals nein! Stolz und erhobenen Hauptes liefern die Arbeiter zu den Baustellen zurück, von denen sie am 28. April ausgetrieben wurden. Nicht als Sieger fühlen sie sich. In dem Kampf ist nur ein Waffenstillstand eingetreten. Wenn auch dieser Kampf vorläufig keinen materiellen Erfolg für die Arbeiter gezeigt hat, so haben dieselben doch einen gewaltigen moralischen Sieg errungen. Die Organisation der Mauer in Mainz hat die Feuerprobe hervor bestanden; kein organisierter Maurer hat dieselbe verraten. Durch die Gewaltmaßnahmen des Unternehmertums ist die Organisation seines je zusammengekommenen worden, das Solidaritätsgefühl ist verstärkt. Und wo der Organisationsgebundene Arbeiter noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen war, da ist es durch die rücksichtslosen Maßnahmen der Unternehmer geschehen.

Der Auspruch des Führers der Mainzer Bauunternehmer, den derselbe am Anfang der Aussperrung tat: "20 Jahre muss es Ruhe geben im Baugewerbe", kann sich nur beobachten, wenn die Unternehmer den bestreiteten Wünschen der Arbeiter entsagt. So lange das aber nicht der Fall ist, wird der Auspruch des Herrn Haushald nicht ein kommenbleiben.

Am 14. Juli legten in Koblenz am Bogenfeld 75 Mauer die Arbeit nieder, nachdem die Unternehmer auf eine sie gerechte Einigung um Einführung einer 10-stündigen Arbeitzeit bei gleichem Tagelohn wie bisher erklärt hatten, wer nicht bis Abends 7 Uhr arbeiten will, ist entlassen. Unterhandlungen wurden durch den aus Bonn anreisenden herbeigekommenen Gütekund und einer zweigleisigen Kommission am gleichen Tage noch angebahnt, wobei sich einige Unternehmer zu Kompromissen verstanden mit dem Vorstand, erst nochmal mit ihren übrigen Kollegen darüber zu sprechen. Die Unternehmer des Kirchhauses zogen es vor, die Kommission nicht zu hören, sie aber mit Hinauswerfen zu bedrohen. Dem Bauunternehmer Gütekund, dem alltoxis belasteten Arbeitsteufel, fuhr der Ausstand so in die Glieder, dass er wegen eingetretener Unwohlseins die Kommission nicht hören konnte. Die Arbeiter, zum größten Teil Italiener, verhielten sich ruhig und begeistert einflussreich, nicht nachzugeben bis die Forderung bewilligt ist, viele davon sind am gleichen Tage noch abgereist.

Persammlungen und sonstige Bewegung.

In der regelmäßigen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Alt-Rahstedt, die am 21. Juni stattfand, wurde in Anbetracht der Thatsache, dass die Zahl der Zimmerer, die dem Zweigverein als Mitglieder angehören, erheblich gesunken ist, die Frage angeregt, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, dass die Zimmerer sich eine eigene Lokalorganisation ihres Verbands schaffen. Die Anregung soll bemüht in die That umgesetzt energisch durchzuführen.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung der B u g e r Sektion des Zweigvereins Berlin fand am 8. Juli statt. Darauf erstattete der Kassier den Rassenbericht vom zweiten Quartal 1908. Derselbe ergab folgendes: Einnahme und Ausgabe der Zweigvereinsfasse betrug: M. 10 485,16, die Einnahme der Lokafasse betrug insl. außer Bestand M. 28 183,56, die Ausgabe M. 8189,98, Bestand M. 28 984,57. Die Mitgliederzahl betrug 1490, davon 87 Ehrenmitglieder; dem Kassier wurde Einlastung erteilt. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß in der Betriebsleitung beschlossen wurde, die leibigen Sektionen der Nähbürger, Spanner und Bemantler zu einer Sektion zu vereinigen. Zur bestreiten Regelung ihrer Arbeitsbedürfnisse und um etwaige Widerstände besser bestreiten zu können, soll die Sektion einen beflockten Angestellten erhalten, der ihnen zu jeder Zeit zur Verfügung steht. Dieses gab in der Betriebsleitung dem Kollegen Winkler Veranlassung, den Antrag zu stellen, daß die beflockten Angestellten der Sektionen vor der Generalversammlung des Zweigvereins gewählt werden sollten, und nicht, wie bisher, von den betreffenden Sektionen selbst. Gegen diesen Antrag Winkler wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Sektion der B u g e r erklärt in Bezug auf den Antrag Winkler, wonach die Vorstände der Sektionen nur in Generalversammlungen des Zweigvereins gewählt werden dürfen, unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu geben; vielmehr muß den einzelnen Sektionen über die Wahl ihrer jeweiligen Vorstände allein das Entscheidungsrecht zugeschenkt werden.“ Weiter ist die Versammlung der festen Übereinkunft, daß eine Auflösung des bisherigen Büros und damit die Aufgabe jeder selbständigen Agitation wie überhaupt jedweder Selbstständigkeit eine schwerwiegende der Organisation zur Folge haben würde, und bei Antrag deshalb, das bisherige Ortsstatut, soweit es die Sektionen betrifft, in seiner jetzigen Fassung zu belassen.“ Weiter beschloß die Versammlung: „In Erwägung, daß die meisten Berufsgenossen mit den Arbeitgebern einen corporativen Arbeitsvertrag haben und dabei wohl im allgemeinen für beide Parteien günstige Resultate erzielt sind, wird die drüsige Verwaltung beauftragt, bei den Arbeitgebern anzurufen, ob sie jetzt gewillt sind, auch mit den Bürgern einen corporativen Arbeitsvertrag einzulegen. Die Grundbedingungen dazu wären: Da Festsetzung des Beipunktes, wann die achtstündige

Am 7. Juli tagte in Breslau im "Gemeinschaftshause" eine öffentliche Maurerversammlung, die überaus stark besucht war. Die Zahl der Teilnehmer darf auf über 1000 angegeben werden. Es handelte sich, um die Wissände, wie sie in letzter Zeit in bezug auf die Arbeitszeit in Breslau herzlichen, einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Kollege Bidera hatte das Referat übernommen. In längeren Ausführungen trittpflichtig er das Vorgehen des Unternehmers gegen die organisierte Arbeiterschaft im allgemeinen und das des Arbeitgeberbundes im Baugewerbe im besonderen. Er zählte die vielen Ausperrungen auf, wie sie zur Zeit auf der Tagessordnung stehen und erörterte in verständlicher Weise die Tendenz der Mosaiksteinlafungen. Man sollte offenbar die Organisation schwächen, die Arbeiter mitsel machen und sie auf diese Weise für die Unternehmer willkfiriger machen. In Breslau — damit ging Redner auf das eigentliche Thema ein — brauchten die Arbeitgeber fü die Mühe nicht zu geben, denn da sei die Motivfertigkeit unter den Mauern schon bedenklich eingetreten, dies bewiesen die vielen Unregelmäßigkeiten auf den Bauten. Von einer geregelten Arbeitszeit könne eigentlich nicht mehr gesprochen werden, es wird 10½, 11 bis 18 Stunden in Breslau gearbeitet. Überlebensnotwendigkeit scheint zur Regel geworden zu sein. Sollen die Lohnkämpfe von 1896, 1898, die vielen Gefangnisstrafen, die unsere Kollegen um die Organisation erlitten haben, ganz umsonst gewesen sein? Das Vorgehen einzelner Meister und Boliere spottet jeder Beschreibung. Bidera schildert die Vorgänge auf den Bauten auf der Schmiedebrücke, Gartenstraße (Kongresshaus), Kleinburg (einer Villa) usw. und erläutert, daß dies nicht mehr so weitergehen dürfe. Es sei die höchste Zeit, daß die Mauerer zur Errichtung kommen, daß sie sich dadurch für die Dauer selbst den größten Schaden aufrügen. Die Kollegen müssen sich immer mehr zusammenziehen, angehts der Tatfrage, daß sich jetzt eine Organisation der Arbeitgeber aller Berufe, wie im Baugewerbe, gebildet habe, die im Baugewerbe tätigen Arbeiter müssen dieser Organisation eine geschlossene Phalange bilden. Die Ausführungen fanden vielen Beifall. Die Debatte war eine überaus rege, eine große Anzahl Kollegen beteiligten sich daran: Starf, John, Böder, Jädicke, Krause, Bidera, Mond, Burckert, Bahn, Ulrich, Rösler usw. Von einigen derselben wurden die Wissände unumwunden zugegeben, die Maurer wären aber nur deshalb in dieses Projekt geraten, weil sie mit einem Stundenlohn von 45 Kr. nicht auskommen könnten, es sei in der Versammlung vom 28. April cr. der Fehler begangen worden, daß Lohnforderungen nicht gestellt wurden; um das Einkommen zu vergrößern, machten jetzt viele Maurer Überstunden. Der Verband sei selbst faulig daran. Ein Kollege, Bißontz, berührte sich sogar sowiel, Bömelburg angreifen, der die Breslauer Maurer um die Füchte geführt hätte. Bismarck erregt forderten einige Kollegen den Bismarck auf Stellung von Lohnforderungen. Kollege Rösler erwidert den Wallau, daß die Versammlung nicht einheitlich sei, sondern doch

ausgelegt, die die Verhandlung nicht entschließen können sei, um Lohnforderungen zu stellen, sondern um die Mittelmänner abzuschaffen; zunächst sollte doch dieser Punkt erledigt werden, der ebenso wichtig sei wie eine Lohnabsicherung. Was leichtere betreffe, so würden doch die Kollegen, daß eine andere Interessengruppe, die Zimmerer, beim Arbeitgeberbund wegen eines Stundenlohnes von 50 Pf vorzeitig geworben sei; man sollte doch abwarten, was der Bunde antworten werde. Komme es zum Kampf, dann werden die Zimmerer in jeder Weise unterstürzt werden, denn ihr Sieg sei auch der Sieg der Maurer. Man würde dem Bunde den größten Gefallen erweisen; wollten auch die Maurer höhere Löhne fordern, dann könnten sie gleich mit ausgesetzt werden. Unverständlich sei es, wie ein Kollege, der sich jahrelang nicht um die Organisation gefüllt habe, sich erheben könne, Bönnelburg anzugeküsst. Was Bönnelburg tue, sei zum Besten der Organisation. Trotz dieser Ausführungen, trat Verständigung nicht ein, verchiedene Redner fügten ihren Willen durchzulegen, in der Versammlung Lohnforderungen

efolgschein. Nach weiterer stundenlangen Aussprache wurde ein Antrag des Kollegen Wond angenommen, der dahin geht, daß nachdem die Bimmerger zur Lohnfrage Stellung genommen, eine öffentliche Deutertversammlung mit der Forderung „Lohnfrage“ einzuberufen. Beugfähig der Lehrerbundesbehörde wurde der Antrag Carl angenommen: „Die heutige Öffentliche, von mehr als 1000 Deutern bestuhlte Versammlung mitbilligt das Gebare einzelner Unterrichter und Polizei und verpflichtet sich die organisierten Kollegen, Überstunden bei Unterrichten, die nicht mit Werkehrsförderung oder Lebensgefahr verbunden sind, nicht zu leisten und die Summation strikte abzulehnen.“

Aus Glückburg wird uns berichtet: Unter dem heutigen Datum, 12. Juli, wurde hier eine Bahnstelle des Verbands eröffnet und gehörten derselben 18 Kollegen an, die bis dato Mitglieder der Bahnstelle Flensburg waren. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß die Kollegen diesen Schritt getan haben; eben sämtliche am Orte ansässigen Kollegen sind schon seit längerer Zeit organisiert und haben mit den hier wohnenden Kollegern im Freihofe einen Vertrag abgeschlossen, wonin die letzteren sich verpflichteten, nur Kollegen, die dem Centralverband angehören, in Arbeit zu nehmen, was einer vollständigen Einerkennung unserer Organisation gleich zu erwarten ist. Dagegen haben die Kollegen die Verpflichtung übernommen, keine Reparaturarbeiten größerer Stills aufzuführen, was auch ja nur segensreich für die Bahnstelle sein kann, da gerade dies Herumflitzen im geheimen persönliche Missstimmungen fördert und Unzufriedenheit in die Reihen der Gesellen einfließt.

Eine öffentliche Maurer- und Steinbauer-Versammlung lagte siefer Tage im Bürgergärtl in Nürnberg. Kollege Merfel äußerte sich auf die miserable Lage der Bauarbeiterklasse zu sprechen. An Arbeitsraum wird alle Tage mehr verlangt, der Lohn wird immer geringer, trotz der guten Baupériode. Schenjo wird die Behandlung von einigen Unternehmern und Polieren eine immer fröhlicher. Und die Arbeitsteilung im Gesamt und bei der Firma Franz Müller ist bringend einer besseren Regelung notwendig. Merfel weist darauf hin, daß ein Kollege, wenn er seine Familie rechtfertigen will, mindestens M 1500 jährliches Einkommen haben müsse. Zum Vergleich zu den neuen Verpflegung des Matrosenalters müßte der Arbeitermann zur Erhaltung einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern, M 21,89 wöchentlich haben. Da aber der Maurer und Steinbauer nur M 650—700 Jahresentommen hat, so müssen die Maurer, Steinbauer und Bildhauerarbeiter doch einmal an das bauende Publikum und die Herren Unternehmer die Frage stellen, wie ein Bauarbeiter sich und seine Familie mit diesem Jahresentommen stecken und ernähren soll? Es wird weiter den Kollegen immer vorgeworfen, die Organisation sei daran schuld, daß sie kein Bier auf der Baustelle mehr trinken dürfen. Nein, die bayerischen Unternehmer des Baugewerbes sind es gewesen, darunter auch viele Nürnberger Meister, die diese Bestimmung durchdrückten, um die Maurer aufzufüllen zu schreiben, trotzdem sind freilich die Unfälle in Bayern gestiegen. Seit dem Oktober 1902 sollte die neue Bundesstaatsverordnung zum Schutze der Steinbauer in Kraft treten, die Unternehmer verstehen es aber, die Gesetze zu umgehen. Folgende Resolution

Die Sektion der Bemalterer und Kunstmalerarbeiter des Zweigvereins Hamburg hielt am 6. Juli bei Bohlradt in der Niedernstraße eine Versammlung ab. Gänzlich nahm die Versammlung Kenntnis von einem Glücksurkundschreiben der Bemalterer Berlins. Dann referierte Schulz in längeren Ausführungen über die Kranken- und Unfallversicherung. Redner wies besonders auf die vielen Unannehmlichkeiten hin, die einem Verletzten, wenn er keine Anrechte von seiner Berufsgenossenschaft gemacht werden. In solchen Fällen sei der Verband von ganz besonderen Nutzen für die Mitglieder, da er ihnen Rechtsschutz gewähre. Dem Redner wurde reicher Beifall zu teil. Im Bezug auf das Pflichtversicherungswege sagte Röhler bekannt, daß alles getan worden sei, um die Mitglieder zufriedengestellt zu wissen. Die Beiträge möglicherweise ein Tag eingeholt werden sollen. Pflicht der Mitglieder sei es aber auch, sich im Bureau anzumelden, wenn sie abreisen und etwaigen Wohnungswechsel sofort zu berichten. Betreffs der Lohnbewegung im Baugewerbe wurde folgende Resolution ohne jegliche Diskussion einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Bemalterer und Kunstmalerarbeiter beschließt, falls an sie die Anforderung gestellt wird, dort die Arbeit aufzunehmen, wo die Mauer zwecks Errichtung der neuständigen Arbeitszeit um 70 & Stundenlohn diejenige eingestellt haben, die dem geschäftsführenden Ausschluß sofort mitzuteilen, damit dieser die nötigen Schritte einleiteit. Im übrigen spricht die Versammlung den Maurern und Zimmerern ihre volle Sympathie aus im Kampfe gegen das Unternehmertum.“ Neute fragt an, ob ein Bemalterer am Bau Bürgertreue vertrichten darf. Hierauf wurde von Koch erklärt, daß der Bemalterer dazu wohl berechtigt sei, wenn er den von den Maurern festgesetzten Arbeiteiße. Da in letzter Zeit in Hamburg mehrere Gewaltverbrechen gegen Bemalterer und Kunstmalerarbeiter geschehen seien, so forderte Neute, die Sache zu untersuchen. Darauf wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die im „Bürgertical“ zu Nürnberg zahlreich versammelten Steinbauer und Maurer erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erkannten an, daß eine Verbesserung ihrer elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch eine alle Kollegen umfassende Organisation herbeigeführt werden kann. Die einheimischen verpflichteten fügten deshalb, alle in der Agitation zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um eine Organisation, welche einen Einstrom auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben vermag, zu schaffen. Die Versammelten beauftragten den Gesellenausschuß, in allerndächstster Zeit mit der Innung in Verbindung zu treten und dort zu veranlassen, eine Lohn erhöhung unter Zugrundelegung eines Mindestlohnes von 45 & pro Stunde durchzuführen. Ferner sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß, nachdem am 1. Oktober 1902 die Wimbetsatsverordnung, betreffend den Schutz der Steinbauer, Gesetzeskraft erlangte, diese bis heute in Nürnberg noch nicht zur Durchführung gelangte. Die Versammelten erinnerten daher, daß die Behörden und Ge richts energisch gegen die Unternehmer vorgehen, damit es bald gelingen möge, unsere gesetzlichen Rechte zu erlangen, aber weiter Schritte unternehmen zu können. Des Weiteren weisen die Versammelten die Behauptung eines Teiles der Meister und Poliziere, daß die Arbeiter oder über deren Organisation Veranlaßung dazu gegeben haben, daß das Verbot des Biertrinkens auf den Baustellen zu stande kam, energisch zurück, indem gerade die Unternehmer des Baugewerbes in Bayern es gewesen sind, welche seit Jahren fortwährend dieses Verlangen an die aufzuhängende Richter gerichtet haben und zwar mit der Begründung, daß die hohen Unfallziffern auf die Triumphalität der Maurerarbeiter in Hohenlohe

Am 12. Juli tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Ruhrort-Margrath. Der Käffleiter verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal. Eine Diskussion über

berbandes zusammenfällt, die acht Tage früher abzuhalten. Nachdem nunmehr noch zu rege Agitation für die Sitzung ermahnt und die Mitglieder ermuntert waren, soweit es noch nicht geschehen, doch endlich einmal die Annencon- und Romanblätter abzuschaffen und dafür das „Hamburger Echo“ zu lesen, erfolgte Schluß der Versammlung.

In der am 14. Juli tagenden Mitgliederversammlung des Deutschen Museums in München wurde beschlossen, eine

Von Kaiserlich wurde festgestellt, daß zwei Drittel der Mitglieder erheblich mit den Monatsbeiträgen im Mittelstande sind und nur

Zweigvereins Würzburg - Gaibach) wurde beauftragt, eine Statistik für Gladbach und Neydorf aufzunehmen; hiermit wurde Kollege Müller beauftragt. Die Münzstände im Baugewerbe sind hier sehr groß, man könnte sagen, hier ist garnicht an Schutzwertsteigerungen vorhanden. Im Monat Mai führte am Neubau des Unternehmers Fischer, Auguststraße in Neydorf, ein Dachdecker herunter, der jetzt noch schwer krank daranliegt. Dasselbe führten am 15. Juli ein Maurer und ein Tagelöhner im folge Heubrücken zweiunddreißig Meter hoch herab. Der Maurer kam glücklicherweise noch gut fort, während der Tagelöhner bewusstlos liegen blieb; wahrscheinlich hat er einen Alpenbruch erlitten. An dem Bau waren keine Schuhgerüste angebracht. Beim Unternehmer Voß (sechs Baustellen), Blumenstraße, schufte im Mai ein Arbeiter mit einem Brett Steine, 14 Meter tief in den Keller und erlitt einen Alpenbruch. Die Gedäfel lagen zwei Meter auseinander über ein Gitterkennet, über welches gerade der Bogen gewölbt werden sollte, als der Arbeiter

Wieder und Gutes für die Organisation geschossen werden. (Werden wir hier vom Bauvorstand sehr verachtet, denn er legt sein Hauptgewicht auf die größeren Städte; was er schon längst als notwendig befunden hat, hat er bis jetzt noch nicht in die Tat umgesetzt. Am. d. Schrift.) Ein Kollege erhielt noch Bericht vom Generalschultheiß. Die Zweigvereinsmitglieder von Auerbach, Marzlos, Hamborn, Neumühl, Melderich, Solum, Lam, West, Bruchhausen sowie das Gauvorstand werden hiermit aufgefordert, in der nächsten Mitgliederversammlung, welche am 26. Juli in Neumühl, im Hotel des Herren Ullrich, stattfinden soll, zahlreich zu erscheinen.

Sonntag, den 8. Juli, hielt der Zweigverein Krefeld eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. zunächst beschäftigten sich die Kollegen mit der Arbeitsverteilung auf dem Bau D. Müller. Der Streit wurde eingehend geführt und nach einer lebhaften Debatte wurde die Sprecher ausgeschoben mit der Bedingung, daß sämtliche Kollegen, die dort beschäftigt waren, wieder eingestellt werden, weiter wurde wieder Beleidigung geführt über schlechte Baubuden bei dem Maurermeister Bleck in der Blücherstraße. Schon vor acht Tagen versprach Bleck Abfälle zu schaffen, aber bis heute ist noch nichts geschehen. Die Baubude bietet für höchstens 14 Personen Platz und jetzt sollen wohl an 40 Personen ihre Mahlzeiten dort eingenommen werden. Der Abort ist kaum zwei Meter von der Baubude entfernt. Diese unhygienischen Zustände wurden scharf gerügt, sogar die Polizeiverordnungen fehlten. Herr Bleck nicht verzept ja seine Nachfrage nicht an einer solch düftigen Stelle. Werden diese Zustände, die auch auf anderen Baustellen zu finden sind, nicht bald beseitigt, so wird es nötig sein, unverzüglich der Polizei Mitteilung davon zu machen. Ein Antrag, betreffend die unorganisierten Kollegen, wurde der Lohnkommission zur Berücksichtigung überreicht und zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Dem Kollegen Lübbow wurde die übliche Kronenunterstützung genehmigt. Das Referat des Kollegen Schauer wurde ebenfalls wegen der vorgereichten Zeit zur nächsten Versammlung verlegt, alsdann erfolgt Schluß der gut besuchten Versammlung.

Am 5. Juli fand in Straßburg t. W. Pr. eine öffentliche Maurerversammlung statt, an der auch die Zimmerer teilnahmen, da ihnen eine eigene Versammlung, die sie zum Zweck der Organisationsgründung einberufen hatten, von der Behörde durch das Abstreichen des Dokals unmöglich gemacht worden war. Kollege Schwarz aus Danzig hielt einen längeren Vortrag über die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Er führte aus, daß der Arbeiter durch die Entwicklung der modernen Produktionsweise und das Anwachsen des Großunternehmertums in eine abhängige Stellung gedrängt ist und daher mehr als jeder andere in der Gefahr steht, der Organisation bedürftig sei. Redner führte weiter aus: Es könnte ja mit Recht behauptet werden, daß die Maschine im Maurergewerbe nicht so revolutioniert hat, wie in manchen anderen Gewerben. Im Gegenteil, die technische Entwicklung im Maurergewerbe, sowohl das Bedürfnis nach stabileren und größeren Häusern und sonstigen Gebäuden hätten es mit sich gebracht, daß gegenwärtig viel mehr Maurer beschäftigt werden, als vor dreißig Jahren. Denn heute werden in jeder Kleinstadt Häuser gebaut, wie sie vor dreißig Jahren nicht besser unter den Linden in Berlin entstanden sind. Über trosteten sich die Lage des Maurergewerbes bedeutend zu Gunsten der Arbeiter, darüber hat, könne man nicht davon reden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Maurer besser geworden sind. Mit Recht könnten wir behaupten, daß der Maurer zu jener Kategorie von Arbeitern gehört, die im Durchschnitt das niedrigste jährliche Einkommen erzielen. Man braucht ja nur an den Winter zu erinnern, dann werde schon jeder Maurer fühlen, wie schwer er oft zu leben habe, oftmals fehlt es ihm am täglichen Brot für sich und seine Kinder. Dieser Zustand hat besonders seine Ursache darin, daß große Betriebserfolge dem Baugewerbe zufließen. Auch haben sich die Betriebe im Baugewerbe ganz bedeutend vermehrt, wodurch die Macht des Unternehmers über den einzelnen Arbeiter ganz enorm gewachsen ist. Beschäftigt der Unternehmer 100 Arbeiter, so ist er schon allein so stark wie diese 100 Arbeiter. Daraus ergiebt sich, daß dort, wo keine Organisation vorhanden ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen die besten schließen. Da aber den Arbeitern immer größere Pflichten auferlegt werden, genügt es nicht nur, daß die Löhne in ihrer Höhe erhalten bleiben, sondern sie bedürfen von Zeit zu Zeit einer ganz wesentlichen Aufstellung. Es genüge aber nicht, den Lohn um einige Pfennige aufzuheben, auch die Arbeitszeit müsse verkürzt werden. Dazu sei notwendig, daß sich alle Bauhandwerker einer Organisation anschließen, um in den richtigen Halt zu bekommen und behilflich zu werden, dem Unternehmertum als gleichberechtigter Faktor entgegentreten zu können. Die Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, einen Zweigverein des Maurerberbandes zu gründen. 46 Kollegen traten dem Verband bei. Nachdem nun der Referent die Anwesenden erzählt hatte, nicht nur dem neu gegründeten Verein als Mitglieder treu zu bleiben, sondern auch neue Mitglieder anzuwerben, damit der Verein eine Macht werde, mit der die Unternehmer zu rechnen haben, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gelehrte des Verbandes geschlossen.

Ganz Stuttgart. Obwohl seit dem vorjährigen Streit eine Reihe Drudenberger sich von dem Verband wieder abgewendet haben, können wir, im Zweigverein Stuttgart, nach Lage der Sache doch zufrieden sein. Es sind jetzt etwas 950 neue Wähler aufgestellt worden. In einigen Ortschaften, wie Glashütte, Remnitz und Mohr, sind fast alle Kollegen organisiert, andere Orte, wie Bouländen z. B., streben diesen Beispieln nach, auch in Cannstatt und Umgegend wird sehr gut agitiert, dagegen steht es leider auch Orte, nach welchen ständig geschickt werden muss und wo es trotzdem nicht vorwärts gehen will. In den meisten Fällen fehlt es eben an solchen Orten an geeigneten Personen. Bezuglich des Berichtes kann gesagt werden, daß dieselbe dort eingekauft wird, wo unsere Kollegen mit Erfüllung desselben dringen. Bei einer Anzahl kleinerer Unternehmer ist derlei jedoch bis heute noch nicht erkannt. Die Autonagitation darf deshalb nicht erlahmen, sondern muss immer energischer durchgeführt werden. In Heilbronn, wo die Organisation im vorigen Jahre beinahe am Erlöschen war, ist diesbezüglich durch energische Agitation in diesem Frühjahr wieder gehoben worden, lebt jedoch unter der ziemlich barfüßigerlegenden Bauartigkeit. Sogar der Vorsteher und der Kassierer müssen auswärts Gewerbe suchen. — In Göppingen und Ulm, wo der Verband mehr als ein Jahr verschwunden war, haben sich

unsre Kollegen wieder emborgerost. Der Zweigverein Ulm hat es unter der rühigen Leitung seines Vorstehers, der die Organisation während seiner mehrjährige Tätigkeit in der Freunde vollständig kennen gelernt hat, bereits zu 100 Mitgliedern gebracht. Seit dem Fall der Umbauung ist die Bauartigkeit eine lebhafte und wird die Organisation in den nächsten Jahren rechtlich Arbeit haben, um nur die alten nebstengewurzelten Missstände im Baufache einzermachen zu bestreiten. Unsre Kollegen haben sich auch die dortigen Zimmerer, Gläser und Bauhüttsarbeiter zu Hilfe holen. Zell ihren Verbänden angegeschlossen. — Die Kollegen in Radolfzell beschließen gegenwärtig, die zehnjährige Arbeitszeit durchzuführen. Die Mehrheit sind Stalauer; das Resultat dieser Bewegung hängt davon ab, ob der Buzug fern bleibt. — Von 11 auf 10½ Stunden bei gleichem Tagesspenden haben die im Maurerbau organisierten Bürger in Konstanz ihre Arbeitszeit verkürzt. Die dortigen Maurer hätten ihren Lohn von 87,- ohne grohen Kampf wohl in diesem Jahre noch auf 40,- bringen können, wenn nicht die Saumeligkeit und Schläfrigkeit der Kollegen eine so große wäre. Die meisten ruhen auf ihrem Vorberen vom vorigen Jahr. — In D. n. d. a. sind die größeren Staatsbauten, die zur Gründung unseres dortigen Zweigvereins gaben, jetzt verdient. Doch fahren unsre Kollegen fort in der Agitation und sind eifrig bestrebt, die Anfänger in die Organisation hineinzubringen und sie damit zu einer dauernden zu machen. — Ueber Böblingen, Gmünd, Tuttlingen läuft sich nicht die Neuigkeit, daß die Baubude nur eine minimale, doch könnte überall die Zahl der Verbundsmitglieder eine bedeutend größere sein. — Der Zweigverein Waldorf hat sich seit dem Stuttgarter Streit sehr gut. Namentlich in Pliezhausen ist die Zahl der Mitglieder stetig im Steigen begriffen und es ist zu hoffen, daß bei fortgesetzter energischer Agitation dieser Ort mit seinen 200 bis 300 Maurern bald zu den ersten Stützpunkten unserer Organisation gehören wird. Wenn wir in allgemeinen auch zufrieden sein können, dürfen wir trotzdem die Parole nie vergessen: immer vorwärts, bis der letzte Kollege im Verbande ist.

Aus Wittenberg wird uns berichtet: die Bauartigkeit in unserem Orte ist in diesem Jahre eine sehr rege und unsre Kollegen traten daher anfangs Juni in eine Lohnbewegung ein. Sie forderten einen Stundenlohn von 40,- ohne einige Verbesserungen des bestehenden Lohnarbitrars und zwar von 1. Juli d. J. an. Die Unternehmer, glänzend wie immer, liehen aber auf die Erangung der Lohnkommission nichts von sich hören. Nach Rücksprache des Vorsitzenden der Lohnkommission, Kollegen Max Brunne, mit dem Obermeister, wurde ihm erklärt, daß die Ernennung nur mit dem ihr gelegentlich vorgezeichneten Gesellenausdruck verhandelt. Zugleich dieser Unterredung erklärte unser Kollege dann den Obermeister, eine gemeinsame Erhöhung der Lohnung mit dem Gesellenausdruck anzuerufen, die dann Lohn daraus, am 30. Juni, stattfand. Es wurde dann vereinbart, daß der Lohn in diesem Jahre 37 und 38,- sowie vom 1. April 1904 ab 39 und 40,- betragen sollte. Die darauf folgende Maurerversammlung erklärte sich mit den Regeländerungen der Innung einverstanden und erreichte die Lohnbewegung hiermit ihr Ende. Auch die hiesigen Kriegervereine arbeiten jetzt gegen unsre organisierten Kollegen. Der Kriegerverein Wiesloch sollte im vorigen Jahre eine Fahne ergattern, hierzu wurde aber die landratliche Genehmigung verweigert, weil Verbundsmaurer dem Verein angehören. Somit wurden unsre Kollegen Ernst und Otto Desteris sowie W. Schade und H. Schade vor Kaprestanz aufgefordert, aus dem Verbande auszutreten; als letzter Tertius galt der 18. Juli. Die Gebrüder Desteris haben dem Drude nachgegeben. Wilhelm Schade wurde aber aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, weil er seine Beteiligung zum Maurerberband aufs neue bestätigte. Auch in anderen Ortschaften unseres Lohnbezirks sollen ähnliche Anstalten an unsre Kollegen gestellt werden. Der Vorige Agitation unserer Kollegen ist es zu danken, daß Sonntag, den 18. Juli, in unserem Nachbarstädtchen Ettenberg die erste öffentliche Maurerversammlung stattfinden konnte. Das Referat über das Thema: "Warum organisieren wir uns?" hatte Kollege Wolf-Berlin übernommen. Der Referent führte den Versammlungen an der Hand der wirtschaftlichen Lage der Maurer Kembergs, die heute noch einen Stundenlohn von 28,- erhalten, die Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Der Vor-Tag, der von allen Teilnehmern mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde (es hatten sich auch drei Unternehmer eingefunden), hatte zur Folge, daß sofort sechs Kollegen dem Verband beitreten. Es wurde so eine Hülfszusammlung des Zweigvereins Wittenberg gegründet. Als dann wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Dom Bau. Unfälle, Arbeiterschuh, Submissionsen etc.

Innaberg. Erst vor einer Woche ereignete sich hier ein größerer Bauunfall und schon wieder muß von einem schweren Bauunfall berichtet werden. An dem Neubau des Pfarrhauses in Geiersdorf, Unternehmer Louis Neubert, waren einige Maurer mit Gesimsmauerer beschäftigt, als plötzlich der Maurer Christian Langer vom zweiten Stock herabstürzte und sich so schwer verletzte, daß er am anderen Tage starb. Der Absturz war nur möglich, weil jede Schuhvorrichtung fehlte. Das Gerüst war in der Weise hergerichtet, daß man auf dem Hauptgerüst ein Bodengerüst von 2 Meter Höhe und auf dieses wieder ein Bodengerüst in 1 Meter Höhe gestellt hatte, ohne die nötigen Schuhvorrichtungen anzubringen. Es ist dieses schon der dritte Unfall in diesem Sommer. Angestellt dieser schweren und häufigen Unfälle sollten sich od. die indifferenteren Kollegen aufzutzen und mit den Verbandskollegen gemeinsam auf Abschüsse bringen. Wer ein Herz im Leibe hat und sich das Unglück vorstellen kann, welches sich in den Formeln einstellt, wenn der Vater tot oder schwer verwundet nach Hause kommt, der trete ein in den Verband der deutschen Maurer, dann kann das profitächste Unternehmertum nicht mehr so deftigisch handeln.

Bielefeld. Freitag, den 17. Juli, Morgens kurz vor 8 Uhr brach an dem Neubau des Maurermeisters Klarhorst ein Gerüst zusammen. Es wurden unsre Verbandskollegen Wallmathé und Dörkopp und der Arbeiter Höglund, der gerade einen Sack Sand auf das Gerüst abschüttete,

mit in die Tiefe gerissen. Während Wallmathé mit einigen Hautherzstümpfen im Gesicht davonlief, erhielt Dörkopp eine schwere Verlehrung des rechten Fußes. Am schweren zuverdacht wurde der Arbeiter Höglund, der eine Quetschung des rechten Oberschenkels und jedenfalls einige Rippenbrüche nach innen davontrug; letzteres konnte vom behandelnden Arzt noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Es wurden die beiden Letzteren in die Anstalt Befehl bei Bielefeld übergeleitet. Das Unglück ist hauptsächlich auf die Kreisreihe des Polizist Mörmann zurückzuführen, der beim Gerüstbau den Deutzen nicht die Zeit lädt, ordentliche Gerüste zu bauen.

Anlässlich dieses Unfalls schreibt die Bielefelder "Volkswoche": "Der Bauunfall auf dem Klarhorstischen Neubau in der Landstraße fordert zur Kritik heraus. Nicht genug damit, daß faules Holz zum Gerüstbau verwendet worden ist, sind auch noch unterhalb des gebrochenen Gerüsts, allen geleglichen Vorrichtungen zuwider, Arbeiter beschäftigt worden. Aufzulögerwerke haben sich die Arbeiter im Moment des Unglücks nicht auf ihrer Arbeitsstelle befinden, andernfalls wäre das Unglück wohl noch größer geworden wäre. Man denkt, anstatt eines Schutz- oder Kongerüstes werden Gerüste, auf denen Arbeiter beschäftigt werden, aufgeführt. Gibt es denn ein leichtfertiges Hinwegsehen über die Schuhbestimmungen? Wie aus diesem Bau auch sonst die geleglichen Vorrichtungen außer acht gelassen werden, möge daraus hervorgehen, daß am Donnerstag vom Polizist Mörmann, der rechter Hand des Herrn Maurermeisters Klarhorst, die Baubude, die nur den Aufenthalt der Arbeiter da ist, voll Zement gepackt wurde. Erst dem energischen Widerprotest der Arbeiter gelang es, daß die Baubude wieder freigemacht wurde. Kennt denn Herr Mörmann die geleglichen Vorrichtungen nicht, oder ist er mit seinem Bogen nur die Wünsche seines Arbeitgebers, vorstellbare Baubauschläge zu machen, Neigung trug? Ist denn Leben und Gesundheit der Arbeiter so gans und gar nebenständig? Aber, wird vielleicht mancher sagen, die Arbeiter stellen doch selbst das Gerüst her, sie brauchen doch ganz einfach kein faules und unbrauchbares Holz zu verwenden. Das würde wohl aufteilen, aber gerade beim Gerüstbau kann es dem Polizist Mörmann gar nicht schnell genug gehen, da bleibt den Arbeitern, wenn sie der Treiberei gerecht werden wollen, zum Brüten gar keine Zeit übrig. Schnell, schnell, damit ja keine Gefahr für den Profit unausgenutzt vorübergeht; was dann schließlich aus solcher Hasterei gerade beim Gerüstbau folgt, ist lebensgefährlich. Und nun die Baupolizei: Erst vor einigen Wochen wurde gemeldet, daß auf dem Klarhorstischen Bau ein Maurer durch ein herabfallenes Stück Giebelstein lebensgefährlich verletzt worden ist; es fehlte am Schuhbuck, hätte dieser Unfall nicht Veranlassung sein sollen, dem Klarhorstischen Bau eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen? Die Baupolizei scheint aber tatsächlich nicht alles beobachten zu können, denn sonst müßte sie doch schon längst geschenken, daß das Schuhgerüst beim Hochziehen Bau an der Winkelstraße, daß das Publikum vor herabfallenden Steinen schützen soll, den gesuchten Vorrichtungen in keinen Weise entspricht. Erst die Erfüllung der Forderung der Maurerarbeiter, zur Überwachung des Bauten auch Arbeiter heranzuziehen, wird ermöglichen, daß die Schuhvorrichtungen auch wirklich zur Ausführung gelangen. Bis dahin aber müssen die Bauarbeiter die Sache wieder selbst in die Hand nehmen und eine eigene Baupolizei einrichten. Daß die frühere Bauarbeiterabschlußkommission ihnen diese Vollkraft erfüllen geht daraus herbor, daß sie bei dem Unternehmertum durchaus nicht angesessen war. Möge sie zum Schutz der Bauarbeiter recht bald wieder ins Leben treten."

Cietenberg t. W. b. Berlin. Ein Bauunfall ereignete sich Freitag, 17. Juli, Vormittags 10½ Uhr, auf dem vom Maurermeister Ide ausgeführten Bau Frankfurter Allee 187 und 188, der leicht schlimme Folgen für die Beteiligten haben konnte. Die Maurer Boilmair und Hoffmann, beides Familienbauten, stürzten bei der Arbeit von der ersten Etage bis in das Kellergeschoss ab. Der herbeigerufene Arzt ordnete die Überführung des Hoffmanns per Drahtseil in die Wohnung des Berufungsgerichts an, während Bohlmair in Begleitung eines Kollegen den langen Weg nach der Wohnung zurücklegen konnte. Beide Verletzte erlitten erhebliche Verstauchungen, sie schienen auch innerlich Verletzungen davongetragen zu haben. Der Unglücksfall ereignete sich dadurch, daß einer der Verletzten auf einem Gerüstbrett ausslippt und im Süden nach Halt den Kollegen mit in die Tiefe riß. Ob die vorzüglichsmöglichen Schuhvorrichtungen vorhanden waren, wird hoffentlich die Untersuchung feststellen. Baukontrolleure aus dem Stande der Arbeitnehmer gibt es auch in Cietenberg noch nicht.

Eingegangene Schriften.

Die "Neu Zeit" (Stuttgart, Diez's Verlag), 41. Heft des 21. Jahrgangs. Die "Neu Zeit" erscheint monatlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die "Neu Zeit" unter Nr. 5576 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

An die verchristlichen Verbreiter unseres Blattes. Auf Anordnung des Verbandsvorstandes wird von nächster Nummer an die Zahl der an die einzelnen Zweigvereine zu liefernden Exemplare des Verbandsorgans nach den in den Quartalsabrechnungen gemachten Angaben über die Mitgliederzahl bemessen. Wenn der Bedarf dadurch nicht gedeckt wird, so sind etwaige Neblamationen an den Verbandsvorstand zu richten. — Die Expedition.

Wehsau, W. Die Karte mit der Verbandszählung zeigt am einen vollen Tag zu spät; sie hätte schon hier sein müssen, als sie dort aufgegeben wurde. Lauenburg t. Bam., S. B. Es ist uns nicht erinnerlich, von dort einen Bericht erhalten zu haben. Dahm, W. Wenn es Ihnen einstlich um die Besetzung der von Ihnen geförderten Mitgliedschaften, die sich in den dortigen Zweigvereinen eingeschlossen haben, zu tun ist, und daran je-

gewisseln haben wir keinen Grund, so wäre es unserer unmaßgeblichen Meinung nach doch wohl richtiger, die Angelegenheit einmal in einer Mitgliedsverfassung nach Sprache zu bringen, anstatt gleich damit an die breite Öffentlichkeit zu gehen. Dadurch, daß Sie die erste Anspruchserfüllung und gleich an die Öffentlichkeit gehen, kann leicht der Verdacht entstehen, Ihnen weniger auf die Befreiung der begreiflichen Missstände ankommt, als vielmehr darauf, die beteiligten Personen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, und den Vorwurf wollen Sie doch wohl nicht auf sich laden. Überlegen Sie sich die Sache also noch einmal.

Centralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Reiseunterstützung an Streifende.

Trotzdem der Verbandsvorstand durch Büttnar diejenigen Zweigvereine berücksichtigt hat, die Reiseunterstützung auszu-
zahlen haben oder nicht, ergeben die bis jetzt eingehenden Quittalsabrechnungen, daß sich eine Reihe von Zweigvereinen nicht an die Bestimmungen des Statuts gehalten haben. In einigen Fällen haben Zweigvereine Unterstήzung gezahlt, die hierzu überhaupt nicht berechtigt waren, in anderen Fällen ist sie mehr als einmal ausbezahlt, was nach dem Statut nur in Orten mit über 100 000 Einwohnern zulässig ist, und in diesen darf die Auszahlung auch nur für zwei aufeinander folgende Tage gezahlt werden. Andere Zweigvereine haben neben der gewährten Unterstήzung von M. 1,50 pro Tag noch Restgeld nach anderen Orten gewährt, dieses ist ebenfalls unzulässig. Wir geben im nachstehenden nochmals die Bestimmungen betreffs Reiseunterstήzung an Stellende bekannt und machen darauf aufmerksam, daß Zweigvereine, die sich nicht an diese Bestimmungen halten und mehr Unterstήzung zahlen als das Statut bestimmt, daß zu viel gezahlte aus der Lokalkasse zu decken haben.

Werden Mitglieder durch Aussperrung oder Arbeitsentziehung zur Abreise genötigt, so kann ohne Müßiggang auf die Dauer der Mitgliedschaft für die Zeit vom 1. März bis ins November sofort Abfeuerunterstüzung gewährt werden, sofern die davon Betroffenen bei Verhängung der Aussperrung beginnen, bei Beleinn der Arbeitsentziehung schon Mitglieder waren.

Die Höhe der Unterstützung beträgt M. 1,50 pro Tag und darf in nicht mehr als sechs Monaten an ein und dasselbe Mit-

Die Unterstήlung wird ausgezahlt in allen Zweigvereinen, welche sich in Orten mit mindestens 5000 Einwohnern befinden und über 50 Kilometer vom Stellort entfernt stehn, und zwar in Großstädten (Orte mit über 100 000 Einwohnern) zweimal, in allen anderen Orten nur einmal.

Die Auszählung darf nur an solche Mitglieder erfolgen, welche sich durch Verbandsbuch, Streifkarte sowie Reise-Legitimationsskarte ausweisen können und wenn die Legitimationsskarte eine gleiche Nummer hat, wie die Streifkarte und das Verbandsbuch.

Nach jeder Auszahlung bleibt die Meise-Legitimationskarte in Händen des Auszahlers und darf erst dann wieder ausgetauscht werden, wenn das betreffende Mitglied weiterreisen muss, weil es am Orte keine Arbeit erhalten konnte.

Im Falle einer nachgewiesenen Arbeit ausgeschlagen wurde, ist die Karte überhaupt nicht mehr auszuhändigen, ebenfalls nicht, wenn der Beireffende einmal am Orte gearbeitet hat.

Die Meise-Legitimationstafeln sind nach 14 Tagen, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ungültig.

Die Abrechnung für das zweite Quartal 1903 und das bei Hauptstelle gehörende Geld soll sich gemäß den statutarischen Bestimmungen bis zum 15. Juli in Händen des Vorstandes befinden. Diese Bestimmung haben viele Zweigstellen bis jetzt nicht erfüllt. Wir erzählen hiermit, daß Ver-
äumte umgehend nachzuholen.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

Als verloren gemeldet
sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Louis Waldbmann-Osterode a. S. (Buch 128 058), August Kaufmann-Goldbach (72 242), Karl Röder - Dresden (17 540), Robert Vär (27 845), Karl Kraatz-Frankfurt a. M. (20 444), Hermann Braune - Leipzig (28 555), E. Schäffer-Leipzig (54 948), Oskar Grüner-Dortmund (76 108), Gustav Mitt-Gars a. D. (70 899), Hermann Wittlin-Mattenburg (65 970), Johann Bäßle-Blauen (128 583), Josef Kleinen-Blauen (187 207), Adalbert Brück-Blauen (137 209).

Oskar Wagner-Plauen (187 287).
Verüchtigung. Das in Nr. 28 des "Grundstein" als verloren gemeldete Mitgliedsbuch des Kollegen Dr. Niediger hat nicht die Nr. 67-883, sondern 64 883.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 86b des Stahlbuchs vom Zweigverein Tautenburg Clemens Brendel (Buch-Nr. 1008762), Oskar Kaufmann (1007624), Eugenius Müller (1007625), Antonius Schubert (1007626).

Hollmann (119 849), Eduard Arzheimal (119 029); Josef Menz (119 058), Christian Ulrich (119 076); Dresden: Ernst Grauß (118 850), Emil Bernhard Wagner (119 791), Karl Ließig (144 789), August Hauswald (145 223), August Seelig (145 476), Paul Bödde (119 540), Otto Grumbmann (119 541), Ernst Zimmermann (145 081), Hermann Lecke (118 608), Friedrich Roßig (118 829).

Aufgefordert,

ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Rathenow: August Morgenstern (Buch-Nr. 108 051); vom Zweigverein Nordhausen: Otto Hartmann, geb. am 12. November 1874 zu Silberode. Von Hartmann seien die Zweigvereine ganz begeistert gewarnt, da er sich das Geld in Nordhausen erstmals holt.

Nachlebend benannte Kollegen werden er sucht, ihren Verbliebungen der Hauptkasse gegenüber bald nachzufommen: D. Gute (Buch-Dr. 34067), W. Müller (34102), Wilhelm Wolfsgram (059 602), Stark (45 289), Otto Vogt (27 586), R. Bieche (Buch-Dr. 3), Wilhelm Schünemann (28 429), Karl Wiering (42 294), Paul Nitschke (78 814), Ernst Westhoff (Buch-Dr. 3), Joh. Baasch (110 470), Otto Apel (110 498), Hinrich Munk (Buch-Dr. 3), L. Goldschmidt (Buch-Dr. 3), Franz Krüger (110 681).

Der Verbandsvorstand

Vom 6. bis 18. Juli fand im Marken verband worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalforschriftenmarken):
 Muriel 400 B à 35.-A., Ansbach 400 B à 30, 20 E à 50.
 Ahlershof 800 B à 55, 800 B à 25, 800 A à 25.
 Welschendorf 60 B à 40, Apolda 600 B à 30, 10 E à 50, 100 A à 25.
 Alzenberg 50 A à 25. Ehrenbreitstein 400 B à 40, 1200 B à 30, 50 A à 25.
 Bernau 25 E à 50 A. Bielefeld 400 B à 35. Böhlitz
 1000 B à 30, 10 E à 50, 200 A à 25. Bautzen 50 A à 25.
 Bodenham 6000 B à 40, 100 E à 50. Betschdorf 50 A à 25.
 Berlin 5000 B à 60, 5000 B à 50. Budow 10 E à 50.
 Brüder 100 B à 50. Borgsdorf 400 B à 35, 25 E à 50,
 10 K à 10. Braunschweig 600 B à 30. Brücknitz 600 B à 50,
 10 E à 50. Bräse 400 B à 40, 25 E à 50. Brüslow 200 B à
 25. Brunsbüttel 50 B à 25. Brunsbüttel 50 B à 25. Brunsbüttel 50 B à 25.

Marken-Bertrand.

Bom 6. bis 18. Juli sind Märkte veranstaltet worden
 (E = Eintrittsmärken, B = Beitragsmärken, A = Arbeits-
 losenmarken, K = Stolperzettelmärken, L = Landesfondsmärken):
 Muriel 400 B à 85,-. Münsingen 400 B à 80, 20 E à 50,-.
 Überstdorf 600 B à 55,-, 300 B à 25,-, 300 A à 25,-. Überstdorf
 50 B à 40,-. Wipperfürth 600 B à 80, 10 E à 50, 100 A à 25,-.
 Abenberg 50 A à 25,-. Ehrenstetten 400 B à 40,-. Untflam
 1200 B à 80, 50 A à 25,-.

Bernau 2 E à 50,-. Bielefeld 400 B à 85,-. Böslig
 1000 B à 80, 10 E à 50, 200 A à 25,-. Bautzen 50 A à 25,-.
 Bodum 6000 B à 40,-, 100 E à 50,-. Béthune 50 A à 25,-.
 Berlin 5000 B à 60,-, 5000 B à 50,-. Budow 10 E à 50,-.
 Brüder 100 B à 50,-. Borgentreich 400 B à 35,-, 25 E à 50,-,
 10 K à 10,-. Bünde 600 B à 80,-. Bruchsal 600 B à 50,-,
 10 E à 50,-. Bräfe 400 B à 40, 25 E à 50,-. Brüssow 200 B
 à 25,-. Brüderholz 50 B à 20,-. Brüderholz 50 B à 20,-.

Oberleifersdorf 400 B & 30 A. Obernberg 2000 B & 40, 100 K & 15. Olbenburg 600 B & 40. Oberau 10 E & 50. Oberbitt 400 B & 40. Oberhofen 1200 B & 40, 50 E & 50. Oehenzoll 200 B & 60, 200 B & 55. Osterode a. S. 2000 B & 80, 85 E & 25. Oppeln 200 B & 25.

Oppelsdorf 1000 B & 35 A, 200 A & 25. Oppau 200 B & 85, 50 A & 25. Oppisham 1000 B & 50, 1000 K & 10, 100 B & 55, 100 B & 25. Berleberg 400 B & 35, 8 E & 25. Billfalten 100 B & 30, 10 E & 50. Hollenau 100 B & 80, 100 E & 25. Tiefenbach 200 B & 25.

Blauen 200 E à 50. Br. Stargard 600 B à 25.
Querfurt 200 B à 30 A, 10 E à 50. Quedlinburg
600 B à 30, 15 E à 50.
Niebla 200 B à 30 A. Römhild 10 E à 50. Mühlroda 2000 B
à 40, 100 E à 50, 500 K à 10. Reppen 50 A à 25. Mühlbach
100 B à 30, 200 B à 35, 50 E à 50, 100 A à 25. Mühlberg
200 B à 40, 100 K à 10. Melchendorf 1200 B à 35. Rothe-
nburg 400 B à 35, 400 B à 30, 10 E à 50.
Sonneberg 600 B à 40 A. Schmarlau 200 B à 55,
300 B à 50, 200 K à 10. Schöbelslein 200 B à 30. Stras-
burg, II. 400 B à 35, 100 A à 25. Segeberg 600 B à 40,
300 K à 10. Solbin 50 A à 25. Strasburg (Westpr.)
100 B à 30, 30 E à 50, Sonneberg 1000 B à 35, 20 E à 50.
Schönfeld 20 E à 50, 800 B à 30. Salzwedel 800 B à 25,
100 B à 30, 20 E à 50, 100 K à 15. Schwerin 100 B à 30,
1200 B à 45. Sömmerda 300 B à 30, 50 A à 25. Sprem-
berg 600 B à 35. Schönau 20 E à 50, 50 A à 25.
Schmarlau 200 B à 45. Schwindebele 400 B à 35. Söm-
merda 1000 B à 30, 10 E à 50. Strasburg, I. à 2000 L à 10.
Trabimelborn 200 B à 50 A. Teterow 800 B à 30. Thirum-
bach 600 B à 30. Trebbin 600 B à 40. Teltow 400 B à 30.

Bremen 600 B à 30 E. Lübeck 600 B à 30 E. Lüneburg 400 B à 30 E.
 A à 25. Thorn 2000 B à 30. Trebis 600 B à 25, 10 E.
 50, 100 B à 35. Tczowitz 400 B à 30, 50 E à 50.
 Uelzenmünde 1000 B à 35 E.
 Vandsburg 100 B à 30 E.
 Wölbenberg 600 B à 30 E, 200 B à 25, 5 E à 60.
 Wittenberge 1600 B à 35, 20 E à 50, 800 K à 10. Wölfenbüttel 200 B à 30 E à 50, 200 B à 50, 200 B à 35.
 200 B à 25, 20 E à 50, 100 A à 25. Wittenhausen 200 B à 35, 100 B à 25, 20 E à 50, 200 B à 40, 200 B à 30, 100 A à 25. Wünjen 100 B à 65, 20 E à 50. Werder 100 B à 50, 500 B à 45. Wilhelmshaven 100 E à 60.
 Worms 200 B à 40. Wilsnac 400 B à 30. Winsen 400 B à 30, 200 B à 30, 100 B à 30. Wittingen 50 B à 25. Walsrode 600 B à 35, 20 E à 50. Wildesthausen 100 B à 40.
 Bismarck 400 B à 35, 20 E à 50. Mürzen 25 E à 50.
 Betz 1200 B à 35 E, 30 E à 50. Bremervörde 3000 B à 35.
 Boizen 1000 B à 40, 20 E à 50, 50 A à 25. Bärbrodt 200 B à 30, 50 E à 50, 100 E à 25. Bärdissen 200 B à 35, 10 E à 50. Bepenfeld 10 E à 50. Bremervörde 600 B à 45, 100 A à 25.

Abrechnungen für das 2. Quartal

Straßporto wirkte in der vergangenen Woche bezogen werden für Briefe aus folgenden Zweigbereichen: Altenstadt, Boizenburg, Budow, Cammin, Goldberg, Dömitz, Eickelshagen, Gützkow, Hohen Viecheln, Lübz, Neuburg, Neukloster, Neustadt, Parchim, Plau, Röbel, Stolzenburg, Teterow, Wittenburg.

